

Die Bauarbeiterzeitung

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis pro Quartal 1,50 Pf. (ohne
Postporto), bei Auslieferung unter Postkonto
1,70 M.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Einzelnenpreis: die vierseitige Zeitung 10 Pf.

Organ
des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:
Berlin O., Rüdersdorferstraße 60.
Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.
Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 37.

Berlin, den 15. September 1907.

8. Jahrgang.

Kollegen, bezahlt pünktlich die Extrabeiträge!

Inhaltsverzeichnis.

Ein Feind der Arbeiterbewegung. — Von Dresden bis Essen. — Minnschan: Die Folgen des Berliner Bauarbeiterstreiks. Eine Generalaussperrung. Internationale Steuer-Berührung. Ein schönes Bild. Der Erfahrungsaustausch im Bauarbeiter. Wie die Arbeitgeberverbände. Eine nette Submissionsliste. Eine Überwachungskommission. Ein gutes Jahr. Nebenlage im Baugewerbe. — Wirtschaftliche Bewegung. — Sozialdemokratische Verbände als Streitbrechervermittler. — Beliebte Eingabe von „In Berlin“. — Sozialdemokratie. — Verbandsnachrichten: Magdeburg, Brieselang, Lippstadt, Kamen, Hagen, Trier, Bonn, Düsseldorf, St. Johann, Koblenz, Mainz, Döllingen, Driburg, Moers, Rheinberg, eine Hagenau, Königsberg, Buchholz. — Aus anderen Veränderungen. — Gerichtliches. — Bauunfälle. — Zur Geschichte des Betriebs. — Literarisches. — Bekanntmachungen. — Werbetexte. — Anzeigen.

Ein Feind der Arbeiterbewegung.

Unzweckhaft ist der übermäßige Alkoholgenuss der Feinde der Arbeiterschaft; er ist ein Feind der Bestrebungen der Arbeiterschaft; er ist ein Feind vieler Menschen und vielen Freunden. Vor allem, aber ist er der größte Hemmschuh für unsere Agitation und unsere Bildungsbestrebungen. Der Arbeiter, der sich im Alkoholraum ergeben, glaubt seine Groschen am besten angelegt zu haben in ihm. Die Belohnung zu den Bildungsbestrebungen seines Standes erkennt vom ersten Tag an. Er bekommt nicht, — weil ihm der Alkohol bestimmt zum Schaden kommt, jedenfalls herabmindernd, — sich dieser mit der Welt gut vertragen. Aber an solchen Tagen kommt mehrere Markt an den „Pumpe“ an und sodann sich noch obendrein einen kräftigen Schlag zu „laufen“, daß erscheint ihm selbstverständlich. Bildungsbestrebungen sind ihm fremde, vielleicht veralte Begriffe. Seine Lebensaufassung geht dahin, daß mein Daseins ist, daß ich arbeite, esse und schlaf. Freien Stunden zur Erholung sind am besten ausgefüllt „an der Pumpe“. Für gewisse Betriebe und gewisse Unternehmer mögen solche Mustermenschen ja die besten Arbeiter sein, da die gewerkschaftliche Kulturstellung sehr erachtet ist und daher der rücksichtslosesten Kultur der Unternehmer Türt und Tor geöffnet ist. In diesem, dem dunkelsten Punkte unserer Arbeiterschaft bietet sich für unsere Arbeiterbewegung eine sehr schwere, aber doch sehr notwendige und lohnende Aufgabe. Hier muß aufklärend durch Vorträge und Presse gearbeitet werden. Wenn es gelinge, mehr Presse zu legen in das Reich des Alkoholfeuers, wie bislang geliehen, dann ist es ein leichtes, den noch uninteressierten dahlinduselnden Millionen deutscher Arbeiter Leben und Bewegung einzubauen. Unserer christlichen Arbeiterbewegung gebührt Dank, in dieser Beziehung unter den Arbeitern aufwendig zu wirken und wenn bis dato nicht mehr erreicht werden konnte, so liegt das eben an den Verhältnissen, daß einerseits die dem Alkoholmissbrauch ergebenen Arbeiter nicht angehören, oder andererseits an manchen Missständen in unserem Erwerbsleben.

Der Bericht der preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten von 1906 bestätigt, wie sehr die Bemühungen, dem übermäßigen Alkoholgenuss entgegenzuwirken, in manchen industriellen Werken eingebaut würden. Es heißt hier, nach dem „Arbeitsbericht“:

Den Bemühungen, den Genuss alkoholischer Getränke einzudämmen, wird Abbruch getan durch den in den verschiedenen Bezirken sich immer mehr ausbreitenden Bierausgang in den Fabriken. Es genügt nicht mehr, daß die Arbeiter ihr Bier selbst mitbringen, oder das Bier in kleinen Verkaufsstellen, in verschiedenen Fabriken werden nach dem Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten des Landespolizeibezirks Berlin Bierdruckapparate in den Arbeitsräumen aufgestellt, aus dem zu jeder Zeit verfließt.

Weit ist der Betrieb in den Händen der Arbeiter nicht, wodurch der Bierpreis herabgesetzt und der Verkauf gefordert wird... Nach dem Bericht aus dem Jahr Potsdam mußte der Gewerbebeauftragter gelegentlich einer Übereinkunft in einer Ziegelerei feststellen, daß ein Arbeiter um die Flasche des Ziegelmeisters, die die Kasse verwalter, 64 Flaschen Bier bezahle, bis er in einer Flasche getrunken hätte. Der Wochenlohn dieses verheirateten Arbeiters betrug nur 15 M.

Es werden in dem Bericht bezeugenwerte Wünsche zur Unterstützung der alkoholischen und Förderung der alkoholischen Gefahren gegeben. Dass durch geeignete Maßnahmen die Erfolge zu erzielen sind, beweist das Beispiel Karlsruhe.

Die vorläufige Direktion der Gasanstalt hat die Beleuchtung getroffen, daß alle Feuerarbeiter täglich etwa

drei Liter Kaffee erhalten, und gleichzeitig in ihrer Kantine den Preis einer Flasche Bier von 8 auf 9 Pf. erhöht und den Preis der alkoholfreien Getränke, z. B. der Flasche Selterswasser von 10 auf 8, der Flasche Bierbrause von 15 auf 10 Pf. herabgesetzt. Welch günstige Wirkung die letztere Maßregel hat, geht aus der nachstehenden Zusammenstellung hervor:

Sommerhalbjahr 1905:
Arbeiterzahl Aus der Kantine entnommen:
287 108 910 fl. Bier, 2510 fl. Selters-
wasser und Blätterbräuse.
Nach Aenderung der Preise: Sommerhalbjahr 1906:
Arbeiterzahl Aus der Kantine entnommen:
869 85 960 fl. Bier, 20 910 fl. Selters-
wasser und Blätterbräuse.

Der Verbrauch für den Kopf ist also beim Bier von 362 auf 233 Flaschen gesunken, bei den alkoholfreien Getränken von 12 auf 57 gestiegen.

Der Bericht der Gewerbeaufsicht bestätigt den Widerstand, den viele Arbeiter diesen Bestrebungen entgegengestellt. Es dürfte in E. dieser Widerstand auf die vermeintliche Abschauung zurückzuführen sein, als sei der Alkohol eine Art Nahrungsmittel, und gebe Kraft und Arbeitslust. Es ist richtig, daß nach dem Genuss desselben eine momentane Steigerung der Leistungsfähigkeit einsetzt. Diese ist aber nichts weniger als eine Steigerung der Kraft, sondern nur eine durch Belästigung der angespannten Nerven hervorgerufene vorübergehende Erholung, welche weit größere Müdigkeit und Schläfrigkeit mit sich bringt. Um den Fahrwert des Alkohols zu prüfen, greift man ein Glas Bier oder Schnaps an die Wand, und was dann an derselben hängt bleibt, ist — Nährwert.

Es wäre nun eine Ungerechtigkeit, wollte man für das gräßigste Unglück, welches der übermäßige Alkoholgenuss mit sich bringt, allein den Arbeiter verantwortlich machen. Hier ist zunächst daran zu denken, wie jede Gelegenheit bemüht wird, um „Geschäfte zu machen“. Bierverkäufer oder Besitzer von Schnapsbuden suchen immer wieder mit einigen Arbeitern der Betriebe Fühlung zu nehmen, welche dann für diese auf ihren Arbeitsplätzen das Geschäft machen. Als Entschädigung wird in der Regel freies Trinken gewährt, und zwar wird jowil gegeben, als der Betreffende trinkt will, in der bestimmt zutreffenden Voraussetzung, daß alle übrigen hierdurch zum Trinken angetrieben werden.

Schreiber dieses hat die Beobachtung machen können, daß sozialdemokratische Arbeiter in den Betrieben einen regelrechten Bierhandel betrieben, aus welchem sie den Überschuss ihrem Wahlverein zuwandten. Hier wurde „Idealismus“ getrunken. Die hier in Frage kommenden Brauereien gaben anscheinlich der Maifeier oder sonstiger Parteidays einige Flaschen Bier zum besten. Bei diesen Gelegenheiten wurde sodann denjenigen Arbeitern, die sonst nicht „genug“ tranken, dieses ziemlich deutlich zu verstehen gegeben. So sind es die Arbeiter, die sich einmal von interessierten Geschäftsleuten und zum andern aus an Fanatismus grenzendem Eifer hinreizen lassen, die Trunkfucht zu fördern.

Eine andere Förderung der Trunkfucht ist das System derjenigen Herren, die bei jeder Gelegenheit die Bader vom Schutz der „nationalen Güter“ nicht voll genug nehmen können. Welche aus lauter „nationaler“ Begeisterung die nationale Arbeit durch Heranziehung billiger ausländischer Arbeiter auf das schwerste schädigen und dadurch der geistigen Entwicklung unserer deutschen Arbeiterfamilie sich hindernd in den Weg stellen. Das bekannte Kaiserreichswesen dieser Kulthalter und die damit verbündeten Machereien der Werksbeamten sind die schlimmsten Brutstätten für den übermäßigen Alkoholgenuss. Man ist offenbar bewußt, daß der Alkohol der beste Verblindete ist, wenn es heißt, die Arbeiter von den gewerkschaftlichen Bestrebungen fernzuhalten. In solchen Kaiserinnen sind in der Regel Werksbeamte interessiert an dem Geschäftsgange der Kantine. In vielen Fällen sogar Pächter der selben. Da wird derjenige Arbeiter am meisten geachtet und bekommt auch öfter die beste Arbeit, welche am meisten trinkt und andere zum Trinken verleitet. Man läßt diesen den meisten Lohn verdienen, weil man weiß, daß hierdurch die Kantine auf ihre Rechnung kommt. Hier grüßt besonders der Schnapskasten, weil die in Betracht kommenden Arbeiter zunehmend an Schnaps gewöhnt sind und sich hier auch billiger berauschen können. Es bleibt auch in den meisten Fällen den bedauernswerten Insassen in der Kaiserin weiter nichts übrig, als zur Schnapsflasche zu greifen, um einmal für einige Stunden die Unwürdigkeit ihrer Verhältnisse zu vergessen.

Rationalen Herren, die von Patriotismus überwunden, die ein Interesse an diesen unwürdigen Zuständen haben, weißt wissen, daß der Alkohol als die natürliche Folgerung ihrer spartanischen Mütterlichkeit ihre besten Verbündeten ist.

Den gefährlichsten Vollseind Alkohol zu bekämpfen, werden wir nicht von den vorhin gekennzeichneten Verblinden desselben erwarten können. Es muß daher Sache der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sein, durch Auklärung in Wort und Schrift immer wieder den alten Kampf aufzunehmen.

Sp. W. A.

Von Dresden bis Essen.

Die Parteitage der Sozialdemokratie haben in den letzten Jahren besondere Interesse in weiteren auch nicht-sozialdemokratischen Kreisen zu gewinnen vermocht. Dieser Vorzug erinnert sich allerdings nicht auf die Glorie des dort gebrauchten Brotes, vielmehr waren es andere, für die Sozialdemokratie weniger erfreuliche Umstände, die ihren Parteitagen die Aufmerksamkeit weiterer Kreise eingerungen haben. Die Terroro-Manier, mit der sich die „Genossen“ auf den Parteitagen der letzten Jahre, namentlich im Crianon zu Dresden, gegenseitig regasterten, war dabei nur ein äußerer Umstand. Lieferes Interesse gewann derselbe aber dadurch, daß es einen chemischen Prozeß, dem die Partei seit Jahren unterliegt, immer deutlicher zum Ausdruck brachte. Seit Jahren befindet sich die Partei in einer inneren Befreiung, oder wenn man auch will, einer inneren Umwandlung. Seitdem die Säure wissenschaftlicher Kritik aus den eigenen Kreisen die innere Harmonie des sozialdemokratischen Organismus zu stören begann, ringen die verschiedenen, einander feindlichen Kräfte nach Oberherrschaft und neuer organischer Bildung. Radikalismus und Opportunismus, strenger Marxismus und Revisionismus liegen im Streit miteinander und suchen jeder nach seiner Fasson im Körper der Partei die Oberhand zu behalten, bezüglich zu gewinnen.

Nach verschiedenen Blätterleien mit dem Enfant terrible Eduard Bernstein auf früheren Parteitagen kam es in Dresden zu einem regelrechten Zusammenstoß. Die beiderseitigen Kombattanten führten wie Haudegen aufeinander los. Keinerlich behauptete Bebel das Kampffeld. Der Revisionismus wurde von Radikalen strengen Blicks in den Wann getan. Aber der Revisionismus war dadurch nicht vom Leben zum Tode befördert. Seine Anhänger verfolgten fortan die Taktik: Nur keinen Eßlat mehr, nicht herausdrängen lassen! Der Umstand, daß sie, trotz ihrer Zugehörigkeit zur Partei, nicht mehr auf dem Boden des Marxismus standen, machte ihnen dabei scheinbar keine großen Gewissensbisse. Sie rechneten auf eine allmäßliche „Evolution“, die zwar nicht so schnell, aber sicher als andere Mittel zum Ziele zu führen versprach.

Wenn man sich heute die Chancen des Revisionismus besieht, wird man zugeben müssen, daß seine Anhänger eine richtige Taktik eingeschlagen haben. Alle äußeren Erfolge der Radikalisten können nicht darüber hinwegtäuschen. In der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“, die als Präludium zum Essener Parteitag gedacht ist, stellt Wilhelm Koll mit Schmunzeln fest, daß „das, was man unter dem Sammelnamen Revisionismus zu bezeichnen sich gewöhnt hat, heute lebenskräftiger ist, denn je, obgleich oder gerade weil heute nicht mehr so viel davon gesprochen wird.“ Koll ist auch in seinen weiteren Ausführungen gar nicht vorsichtig. Er bekannte rundweg den inneren Widerspruch, der in der Partei besteht, und fordert, daß „die falsche Theorie durch eine richtige ersetzt“ werde.

Ob Koll und seine Gesinnungsgenossen ob solcher Pietätlosigkeit und Ungehirigkeit ein neues Strafgericht zu erwarten haben, ist nicht anzunehmen. Daß Bebel noch einmal wie in Dresden wie ein Donnergott dreinfahren werde, um das glaubenlose Geschlecht zu vernichten, ist kaum zu erwarten. In Jena, dem Tage nach Dresden, führte er noch eine scharfe Sprache. In Jena und in Mannheim in altertümlicher Rede die Fanfare durch eine Chämade zu erleben. Er wird es kaum wagen, den erfolglosen Kampf von neuem aufzunehmen.

Und dann hat man an der Dresdener Sünde noch heute zu tragen. Zu spät hat man erkannt, daß solche Kaiserinnen im Kinnsteine nicht ungestraft bleiben. Man wird sich hüten, von neuem die Dresdner Regel zu ergreifen, um den Kampf um das marxistische Dogma auszutragen. Dieser Kampf vollzieht sich mehr im Palen. Ob der alte Bebel ahnt, auf welchen Seite der Sieg sein wird?

Rundschau.

Die Folgen des Berliner Bauarbeiterkampfes zeigen sich auch bei den in Mitleidenschaft gezogenen Gewerkschaften anderer Berufe. So teilte der Kassierer der sozialdemokratischen Metallarbeiter der Ortsgruppe Berlin mit, daß die

Grunderholshilfenzulistung sei im 2. Quartal auf 115 830 Mark beloht, welches auf die große Arbeitslosigkeit infolge des Bauarbeiterstreiks zurückzuführen sei. Um das Quartal werde diese Summe voraussichtlich noch größer werden.

Eine Generalaussperrung

droht im Kieler Baugewerbe. Der Grund zu dieser Maßregel liegt in dem Streik von 280 Holzplakarbeitern; da die vereinigten Holzhändler dieselben nicht allein bezwingen können, soll eine allgemeine Aussperrung nachhelfen. Eine Generalversammlung der Arbeitgeber, an der auch der Sekretär der hamburgischen Oberschaffmänner Reichsverband v. Neidhart teilnahm, sah folgenden Beschluss:

1. Es ist die Verpflichtung sämtlicher Arbeitgeber, die Holzhändler im Kampfe zu unterstützen, deren Verlusten als vollberechtigt anerkannt wird.
2. Die Inhaber der Holzbearbeitungsgewerbe verpflichten sich, bei eintretendem Holzmangel ihre Leute zu entlassen.
3. Dieselbe Verpflichtung übernimmt das gesamte Baugewerbe bei sich hieraus ergebendem Arbeitsmangel.
4. Gänztliche Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Kiel verpflichten sich, Holz von ausdrücklich nicht zu beziehen.
5. Gänztliche Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Kiel verpflichten sich, von heute an Arbeitnehmer aller Art nicht mehr einzustellen.

Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß vorstehender Beschluss konsequent durchgeführt werden muß, und daß die vorhandenen Schwierigkeiten erst dann als befeistigt gelten, wenn im gesamten Gewerbe wieder geordnete Verhältnisse eingetreten sind.

Vorstehende Resolution ist den Arbeitnehmern in geeigneter Weise bekanntzugeben.

In einem diesem Beschluss beigefügten Schreiben wird weiter eröffnet, daß in dem Falle, wenn die Plakarbeiter und Kutscher noch länger im Streik verharren, in allerndärfster Zeit umfangreiche Entlassungen von Arbeitern in allen mit der Bauindustrie in Beziehung stehenden Gewerben erfolgen werden.

Die Kieler Unternehmer scheinen einen ziemlich weiten Gewissen zu haben, denn es läßt sich doch kaum verantworten, wegen 230 Streikenden Tausende Unschuldiger zu entlassen. Außerdem bestehen im Kieler Baugewerbe Tarifverträge; zu dem Vorsehen der letzteren kann solches Vorgehen nicht beitragen.

Internationale Reederei-Vereinigung.

Zur Belästigung von Seemanns- und Hafenarbeiterstreiks soll auf Betanforderung englischer Reederei im Oktober eine vertragliche Vereinigung stattfinden. Wir haben heute schon die Überzeugung, daß dieselbe zünftig kommt. Wo immer auch der Kampf gegen die Arbeitnehmer in Frage kommt, sind diese Herren sich einig, trotz der schmutzigen Tarifkämpfe, welche sie untereinander ausüben. Das Bestreben wird wohl darauf gerichtet sein, eine internationale Streitkreditcolonie zu schaffen, die man beliebig nach dem einen oder dem anderen Hafen, wo eben Differenzen ausgebrochen sind, dirigieren kann. Welch hässliche Form diese Kampfe annehmen müssen, sehen wir zurzeit in Antwerpen, wo die Hafenarbeiter infolge beschäftigter Sozialreduzierungen teilweise die Arbeit einstellen, wodurch die Aussperrung erfolgte, und die Reederei dazu übergingen, namentlich englische Streitkrieger heranzuholen. Die Folge waren größere Zumbüte und Eigentumsverletzungen, so daß die Bürgerwehr einzuwirken versuchte.

Ein schönes Bild

über die Überhälfte im sozialistischen Zukunftstaat. Erwähnt der Genosse Hugo Brügel Adams Lehmann in den „Sozialistischen Monatsheften“. Er schreibt:

„Ich glaube, die sozialistische Gesellschaft wird zunächst die erste Jugend so gesund, so glücklich, so anregend, so voll Interessen, die dem Alter entsprechen zu gestalten wissen, daß Arbeitslosigkeit und Frühschreie verschwinden und physiologische Anstrengungen auf ein Minimum reduziert werden. Ich glaube, sie wird Krankheiten durch die nötigen Maßnahmen der Isolation und rechtzeitiger und ausreichender Behandlung aussrotten. Ich glaube, sie wird ein gewisses Alter und auch gewisse Krankheiten bestimmen, in denen alle geschlechtlichen Beziehungen (hier ist ein drastischer Ausdruck gewählt. D. R.) verboten sind, als Schutz für Kinderlosige und im Interesse der Klasse. Nach Überschreitung dieser Altersgrenze wird sie das Eingehen und Aufsuchen von geschlechtlichen Beziehungen dem individuellen Gemessen überlassen, ohne davon in irgend einer Weise Kenntnis zu nehmen. Nur für den Fall, daß Kinder aus der Verbindung hervorgehen, wird sie das Paar für eine bestimmte Periode — etwa 3—5 Jahre — als Eltern betrachten und sie zur gemeinsamen Sorge für die Kinder anhalten. Nach Ablauf dieses Zeit wird es ihnen freistehen, aus einander zu gehen, mit dem Rest freier Verzierung über die weitere Kinderbetreuung; im Falle der Unzeitlosigkeit wird das Gericht entscheiden.“

Genosse Lehmann fügt hinzu, für Kinder, die ohne Eltern verbleiben, werde die Gesellschaft sorgen. Aber solche Kinder werde es wahrscheinlich sehr wenige geben, denn der Frau würden gewisse Maßnahmen — sein, die heutigen Tagen unter strenger Strafe gestellt sind. — Wie weit doch die Unmöglichkeit dieser Seite geht.

Der Gesichtungsantrag im Baugewerbe.

Der Delegiertenstag des Baumwirkerverbandes des deutschen Baugewerbes, welcher am 2. September in Halle tagte und 322 Stimmen einholte, beschloß in einer erneuten Enthaltung an die Staatsregierung die Einführung des Gesichtungsantrags zu beweisen. Es handelt sich hierbei um das Prinzip und die Bauaufsicht sei. Das Gesetz vom 7. Januar 1907 sei ungültig. — Es lange uns die Bautunternehmer nicht den Bauvertrag bringen, daß bei den Baumwirken weniger Unfälle vorkommen, wie bei den anderen, so lange vermögen wir nicht an die Einschränkung der Unfälle durch den Gesichtungsantrag zu glauben. Diesen Gedanken handelt es sich in erster Stunde um eine Widersprüchlichkeit, wie konnte man sonst andererseits gegen die Kontrolle aus dem Arbeitstand in den Baumwirken nichts ausrichten. Wir sind dagegen für den Bauaufsichtsamt, müssen es aber nicht in die Hände geben, um den Gesichtungsantrag zu verhindern.

Wie die Arbeitgeberverbände
vorgehen, davon liegt nachstehende Berichtsstellung Brugis ab:

Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Köln a. Rh. und Umgebung in Köln
(C. B.)

Geschäftsstelle: Wysshäuserstraße 18.

- Anfolge der von den Arbeitgeberverbänden in Nachen, Berlin, Krefeld usw. gemachten Mitteilungen, daß in Köln eine Anzahl Arbeiter aus diesen Orten, die sich im Bohrkämpfen befinden, beschäftigt werden, hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Köln eine persönliche Revision der Bohrkämpfen v. d. b. der Industriebauten vorgenommen. Diese wurde durch die Mitglieder durch den Geschäftsführer vorgenommen lassen, die über 8 Tage in Anspruch nahmen. Es mußte leider festgestellt werden, daß 7 arbeitende Arbeiter in Köln eingestellt worden waren, die aber nach der Revision sofort zur Entlassung kamen. Mit Sicherheit hierauf möchten wir empfehlen, an allen Orten derartige persönliche Revisionen vornehmen zu lassen, da hierdurch den Aussändigen es immer mehr und mehr erschwert wird, anderswo in Stellung zu kommen. Der Vorstand.

Sollte dieses Vorgehen Nachahmungen finden, so könnte dadurch eine Erhöhung der Durchführung von Bohrkämpfen ja eintreten; aber auch dieses schämen wir nicht allzu hoch ein. Gleichzeitig haben die Unternehmer das Recht, ihre im Kampf stehenden Kollegen zu unterstützen, wie nennen das gleichzeitig auch für uns in Anspruch. Worauf es uns nur ankommt, ist, daß die Unternehmer sich solcher Mittel bedienen dürfen, die nicht von Arbeitern angewandt, diese in Konflikt mit der Stadtbaubehörde bringen. Die Dehnbarkeit des § 158 reicht da schon aus, um den Arbeiter zu fassen, bei dem Unternehmer aber nicht. Und deshalb ist es so: Der § 158 der C. B. ist nur für Arbeiter da.

Eine nette Submissionsblüte

ergab die Vergabe der Arbeiten bei der Errichtung eines Posthauses mit Zubehör in Pforzheim. Die Erd- und Maurerarbeiten wiesen ein Höchstangebot von 48 000 Mark und ein Mindestangebot von 11 600 M. auf; die Steinmalerarbeiten von 11 248 M. und 2800 M. und die Zimmerarbeiten ein solches von 15 900 M. und 4800 M. Es ergibt sich somit bei den Erd- und Maurerarbeiten eine Differenz von 36 400 M., bei den Steinmalerarbeiten von 3448 M. und bei den Zimmerarbeiten von 4300 M. — Wenn das Handwerk von seinen eigenen Vertretern so in Grub und Boden geritten wird, dann kann es allerdings keinen goldenen Boden erlangen.

Eine Nebenwachungskommission

forderte eine sozialdemokratische Bauhofsarbeiterversammlung in Berlin. Die Aufgabe derselben soll darin bestehen, die Tätigkeit des Vorstandes zu überwachen und mischbare Mitgliedern desselben die Stellung zu klären. Der Antrag gelangte zur Annahme. Die anwesenden Vorstandsmitglieder, welche dieses als offenes Misstrauensvotum auffassten, erklärten darin, daß die Niederlegung ihres Amtes, resp. dieses mit so lange zu verharren, bis ein neuer Vorstand gewählt sei. Die Versammlung nahm eine derartig lebensfähige Erregung an, daß dieselbe geschlossen werden mußte, um sie der Auflösung nicht anheim fallen zu lassen. Und die Moral von der Geistlichkeit: Wer Wind sieht, wird Sturm ernnen. Nur mit Bangen und Angen kann heute in einer Unzahl sozialdemokratischer Verbände in Berlin ein beforderter Posten angenommen werden. Wie hier Beamte von ihrem Arbeitgeber, welche Arbeiter sind, behandelt werden, überzeugt das schockste. Mit Misstrauen wird jeder Schritt der Beamten bewacht, und sobald er auf Grund seiner gewonnenen Überzeugung bei irgendeiner Maßnahme der zentralen Schreibern entgegenzutreten beginnen will, heißt es, hinweg mit ihm. Das sind die fehlte sozialdemokratische Erziehung. Wer andere nur verbürgt, und alles andere, was nicht sozialdemokratischer Ansicht ist, als den Inbegriff alles schlechten hinstellt, darf sich nicht wundern, wenn diese zu solchem Misstrauen und rücksichtslosem Kampf erzeugte Menge ihren eigenen Führern nicht mehr traut und sie auch deingemäß behandelt.

Ein gutes Jahr

für die deutsche Zementfabriken war das Jahr 1906. Wir entnehmen der „Frankfurter Zeitung“:

„Bon den der jüdischen Gruppe angehörenden acht Fabriken mit 19,33 Mill. M. Kapital verteilen sieben Fabriken mit 18,60 Mill. M. Kapital insgesamt 2 477 000 M. Dividende. Dagegen hatte eine Fabrik mit 732 000 M. Kapital einen Verlust von 138 412 M. Es wurde demnach auf 19,33 Mill. M. Kapital ein Gewinn von 2 338 587 M. erreicht, was einer Durchschnittserzielung von 12,09 Proz. entspricht. Der Gruppe Berlin-Stettin gehören fünf Fabriken mit 8,07 Mill. M. Kapital an, wovon vier Fabriken mit 7,98 Mill. M. Kapital 778 250 M. Dividende verteilen. Da eine mit einem Kapital von 100 000 M. ausgestattete Fabrik mit 102 136 M. Verlust abgeschlossen, brachte das Kapital einen Gewinn von 676 113 M., das ist eine Durchschnittserzielung von 8,27 Proz. Bon den der Gruppe Unterelsbien angehörenden fünf Fabriken mit 19,34 Mill. M. Kapital verteilen vier Fabriken mit 18,94 Mill. M. Kapital insgesamt 2 273 000 M. Dividende. Dagegen erzielte eine Fabrik mit 2,40 Mill. M. Kapital einen Verlust von 555 314 M., so daß also ein Gewinn von 1 818 585 M. gleich 8,52 Proz. Durchschnittserzielung erzielt wurde. Die der Gruppe Hannover zugehörigen acht Fabriken mit 18,48 Mill. M. Kapital schütteten 1 784 000 M. oder durchschnittlich 9,65 Prozent Dividende aus. Die mit 14,35 Mill. M. Kapital ausgestatteten zehn Fabriken der Gruppe Mitteldeutschland verteilen 1 324 700 M. oder durchschnittlich 9,23 Proz. Dividende. Die Gruppe Südbenischland geboren 13 Fabriken, die mit 31,57 Mill. M. ausgestattet sind. Zwölf Fabriken, die über 30,57 Mill. M. Kapital verfügen, verteilen 2 875 000 M. Dividende, dagegen hatte eine Fabrik mit 1 Mill. M. Kapital einen Verlust von 25 289 M. Auf das Kapital entfiel demnach ein Gewinn von 2 849 710 M., aus einer Durchschnittserzielung von 9,02 Proz. entspricht. Die Gruppe Oberland-Westfalen geboren 21 Fabriken mit 28,41 Mill. M. Kapital an, wovon 13 Fabriken mit 22,70 Mill. M. Kapital 2 310 900 M. Dividende ausgestatteten. Dagegen legten zwei Fabriken mit 5,71 Mill. M. Kapital insgesamt mit einem Verlust von 247 009 M. ab. Auf das Kapital verteilt wurden also 2 063 800 M. verbleibt, womit es durchschnittlich zu 7,28 Proz. vergütet wurde.“

Das gesamte Mittelkapital der 20 deutschen Zementfabriken betrug Ende 1906 141,36 Mill. M., auf die insgesamt 13,92 Mill. M. Dividende ausgeschüttet wurden. Die Durchschnittserzielung des für die deutschen Zement-

industrie angelegten Kapitals stellte sich demnach auf 9,35 Proz. Die günstigsten Ergebnisse erzielte die kleinste Gruppe 12,1 Proz. und die ungünstigsten die kleinste-weltweit Gruppe mit 7,28 Proz.

Über die Lage im Baugewerbe

schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“:

„Wird in den meisten Berichten über die Lage im Baugewerbe das Darunterliegen der Bautätigkeit immer mehr Tatsache bezeichnet, so steht merkwürdigweise das statistische Material, daß die Lage im Baugewerbe zu beleuchten stande ist, noch andauernd das Gegenteil fest. Denn wenn an den die Berichterstattung des „Reichsarbeitsblattes“ angeschlossenen öffentlichen Arbeitsnachschrein des Andrang Arbeituchten selbst noch geringer ist, als im Vorjahr, so wäre die Lage im Arbeitsmarkt für Bauarbeiter nicht etwa nur ebenso glänzend wie im vergangenen Jahre, sondern sie übertrifft die vorjährige noch an Glanz. Auf 100 offene Stellen kommen nämlich im d. J. 110,18 Arbeituchende gegen 110,48 im Jahr 1906. Gleichzeitig erscheint die Besserung ja nicht, aber jedenfalls weisen Ziffern doch noch eine Besserung nach. Nun soll durchaus nicht übersehen werden, daß die Statistik noch nicht entfernt den gesamten Bericht am Arbeitsmarkt erfaßt, so viel aber steht fest, daß sie an den Orten, die der Berichterstattung angeschlossen sind, die Bewegung von einem Jahr zum anderen richtig kennzeichnet, und daß, wenn sie eine Besserung gegenüber dem Glanzjahr 1906 nachweist, jedenfalls von einem volligen Durchleiterlegen nicht die Rede sein kann. Dann wieder auch die Stimmung in den vom Baugewerbe alimentierten Gewerben trostloser sein, als sie es tatsächlich ist. Beide und Siegelgewerbe berichten zwar, daß der Absatz im allgemeinen bei hohem Anfang des vorjährigen nicht erreichte, zeichnen ihm aber dennoch als beständig. Ursprünglich ist die Lage und die Stimmung im Holzgewerbe, hier ist aber keineswegs allein die Gestaltung der Bautätigkeit, die als Absatz eingeschränkt hat, sondern eine Reihe anderer Faktoren die lange Dauer der Holzarbeiterauswertung, eine Überproduktion in der letzten Zeit, haben zu einer Krise im Holzgewerbe geführt. Den Anlaß zu den vielen ungünstigen Stimmungen berichten über das Baugewerbe bietet der Umstand, daß im Baumarkt der Großstädte vornehmlich Berlin, allerdings eine merkliche Entwicklung gegenüber dem Vorjahr eingeschritten ist. Nun ist ja zwar Berlin für die Bauindustrie und die Bautätigkeit im Baugewerbe in der Provinz Brandenburg wichtig, schließlich kann doch aber eine sehr rege Bautätigkeit in den Provinzstädten und auf dem platten Lande selbst einen starken Abwärtsschwung in Berlin wieder verhindern. Das bis zu einem gewissen Grade in der Provinz Brandenburg, so in anderen Provinzen Preußens und Osteuropa Deutschlands, in den Großstädten auf das platten Land gewandt hat. Eine Annahme davon macht in der Hauptsache nur Ahlenland-Weser, wo die Bautätigkeit in diesem Jahre ganz allgemein matter ist, als im Vorjahr. Nach der Bedeutung des Absatzes des Arbeitsmarktes läßt auch die Bewegung der Preise für Baumaterialien darauf schließen, daß die Lage im Baugewerbe noch nicht so ungünstig sein kann, wie vielfach behauptet wird. Wohl zeigt das Preisniveau Veränderungen gegenüber 1905. Steigerungen wechseln sich, aber hier so mit Rückgängen, daß insgesamt der Preisstand der gleiche wie im Vorjahr geblieben sein dürfte. Die Preise für vier der wichtigsten Baumaterialien stellen sich z. B. in Berlin in Markt, wie folgt: 1906 1905
Hintermauersteine für 1000 Std. 24,50—25,50 21—22
Rathenower Dachziele für 1000 Std. 20—22 20—22
Bement für 170 kg. 1,00—1,20 1,00—1,20
Zug-Gips für 75 kg. 1,80 1,80
Bei zwei Sorten ist der Preis gestiegen und nur bei einer deutlich gesunken. Besonders bemerkenswert ist die Preissteigerung für Bement, wenn man bedenkt, wie leicht in der Bementindustrie bei rüdigängiger Konkurrenz eine Liefererzung mit ihren Preisen auf dem platten Land gewandt hat. Eine Annahme davon macht in der Hauptsache nur Ahlenland-Weser, wo die Bautätigkeit in diesem Jahre ganz allgemein matter ist, als im Vorjahr. Nach der Bedeutung des Absatzes des Arbeitsmarktes läßt auch die Bewegung der Preise für Baumaterialien darauf schließen, daß die Lage im Baugewerbe noch nicht so ungünstig sein kann, wie vielfach behauptet wird. Wohl zeigt das Preisniveau Veränderungen gegenüber 1905. Steigerungen wechseln sich, aber hier so mit Rückgängen, daß insgesamt der Preisstand der gleiche wie im Vorjahr geblieben sein dürfte. Die Preise für vier der wichtigsten Baumaterialien stellen sich z. B. in Berlin in Markt, wie folgt: 1906 1905
Hintermauersteine für 1000 Std. 24,50—25,50 21—22
Rathenower Dachziele für 1000 Std. 20—22 20—22
Bement für 170 kg. 1,00—1,20 1,00—1,20
Zug-Gips für 75 kg. 1,80 1,80
Bei zwei Sorten ist der Preis gestiegen und nur bei einer deutlich gesunken. Besonders bemerkenswert ist die Preissteigerung für Bement, wenn man bedenkt, wie leicht in der Bementindustrie bei rüdigängiger Konkurrenz eine Liefererzung mit ihren Preisen auf dem platten Land gewandt hat. Eine Annahme davon macht in der Hauptsache nur Ahlenland-Weser, wo die Bautätigkeit im Baugewerbe in diesem Jahre ganz allgemein matter ist, als im Vorjahr. Nach der Bedeutung des Absatzes des Arbeitsmarktes läßt auch die Bewegung der Preise für Baumaterialien darauf schließen, daß die Lage im Baugewerbe noch nicht so ungünstig sein kann, wie vielfach behauptet wird. Wohl zeigt das Preisniveau Veränderungen gegenüber 1905. Steigerungen wechseln sich, aber hier so mit Rückgängen, daß insgesamt der Preisstand der gleichen wie im Vorjahr geblieben sein dürfte. Die Preise für vier der wichtigsten Baumaterialien stellen sich z. B. in Berlin in Markt, wie folgt: 1906 1905
Hintermauersteine für 1000 Std. 24,50—25,50 21—22
Rathenower Dachziele für 1000 Std. 20—22 20—22
Bement für 170 kg. 1,00—1,20 1,00—1,20
Zug-Gips für 75 kg. 1,80 1,80
Bei zwei Sorten ist der Preis gestiegen und nur bei einer deutlich gesunken. Besonders bemerkenswert ist die Preissteigerung für Bement, wenn man bedenkt, wie leicht in der Bementindustrie bei rüdigängiger Konkurrenz eine Liefererzung mit ihren Preisen auf dem platten Land gewandt hat. Eine Annahme davon macht in der Hauptsache nur Ahlenland-Weser, wo die Bautätigkeit im Baugewerbe in diesem Jahre ganz allgemein matter ist, als im Vorjahr. Nach der Bedeutung des Absatzes des Arbeitsmarktes läßt auch die Bewegung der Preise für Baumaterialien darauf schließen, daß die Lage im Baugewerbe noch nicht so ungünstig sein kann, wie vielfach behauptet wird. Wohl zeigt das Preisniveau Veränderungen gegenüber 1905. Steigerungen wechseln sich, aber hier so mit Rückgängen, daß insgesamt der Preisstand der gleichen wie im Vorjahr geblieben sein dürfte. Die Preise für vier der wichtigsten Baumaterialien stellen sich z. B. in Berlin in Markt, wie folgt: 1906 1905
Hintermauersteine für 1000 Std. 24,50—25,50 21—22
Rathenower Dachziele für 1000 Std. 20—22 20—22
Bement für 170 kg. 1,00—1,20 1,00—1,20
Zug-Gips für 75 kg. 1,80 1,80
Bei zwei Sorten ist der Preis gestiegen und nur bei einer deutlich gesunken. Besonders bemerkenswert ist die Preissteigerung für Bement, wenn man bedenkt, wie leicht in der Bementindustrie bei rüdigängiger Konkurrenz eine Liefererzung mit ihren Preisen auf dem platten Land gewandt hat. Eine Annahme davon macht in der Hauptsache nur Ahlenland-Weser, wo die Bautätigkeit im Baugewerbe in diesem Jahre ganz allgemein matter ist, als im Vorjahr. Nach der Bedeutung des Absatzes des Arbeitsmarktes läßt auch die Bewegung der Preise für Baumaterialien darauf schließen, daß die Lage im Baugewerbe noch nicht so ungünstig sein kann, wie vielfach behauptet wird. Wohl zeigt das Preisniveau Veränderungen gegenüber 1905. Steigerungen wechseln sich, aber hier so mit Rückgängen, daß insgesamt der Preisstand der gleichen wie im Vorjahr geblieben sein dürfte. Die Preise für vier der wichtigsten Baumaterialien stellen sich z. B. in Berlin in Markt, wie folgt: 1906 1905
Hintermauersteine für 1000 Std. 24,50—25,50 21—22
Rathenower Dachziele für 1000 Std. 20—22 20—22
Bement für 170 kg. 1,00—1,20 1,00—1,20
Zug-Gips für 75 kg. 1,80 1,80
Bei zwei Sorten ist der Preis gestiegen und nur bei einer deutlich gesunken. Besonders bemerkenswert ist die Preissteigerung für Bement, wenn man bedenkt, wie leicht in der Bementindustrie bei rüdigängiger Konkurrenz eine Liefererzung mit ihren Preisen auf dem platten Land gewandt hat. Eine Annahme davon macht in der Hau

ungen der Forderung gedrängt, als es aber Ernst geworden ist, seien sie wegelaufen". Um nun dem Genossen Peters das Schärfnis zu schärfen, wollen wir kurz nochmals den Vertrag schreiben. Nachdem wir die Italiener, die über 50 Prozent in Frage kommenden Arbeiter ausmachten, nicht für die Bewegung gewinnen konnten, haben wir ein, daß so nichts erreichen war, und zwar war Genosse Peters in der Bohnsumission, wie auch in der Versammlung der erste, der dieses schrieb. Wir beschlossen dann, gemeinschaftlich nochmals zu suchen, die Italiener für die Bewegung aufzulösen. Dieses ist durch einen am Orte arbeitenden Italiener geschehen, der im freien Bauhüllsarbeiter-Verein organisiert war. In § 22 des "Grundstein" erschien eine Versammlungsbericht unter Berghorst, in dem es unter anderem wörtlich hieß: "Die Forderung, die von den Burgsteinkirker Kollegen an den Unternehmer Gottschke gestellt wurde, ist, weil den organisierten liegen eine weit größere Zahl unorganisierter Italiener gegenübersteht, als durchführbar zurückspringt werden. Diesen Bezug haben die Freien gesetzt, ohne die gemeinschaftliche Bohnsumission davon zu kennen, aber unsere Absicht zu tun. Erst fügt man hinter unserm Rücken solche Beschlüsse hin, hat man aber noch die Unvereinbarkeit und sagt an einem anderen Ort, die Christlichen seien, als es Ernst wurde, weglaufen. Kommentar hierzu überflüssig. Es charakterisiert sehr recht die Christlichkeit des Gauleiters Peters und seiner stationsmittel. Wir wissen also gleich, mit wem wir es in ihm von Hamburg nach Dortmund importierten Peters zu tun haben,

Bezirk Posen.

Ein "Sieg" des sozialdemokratischen Maurerverbandes.

Die "Deutsche Baugewerkszeitung" schreibt:

"In Kölmar (Posen) ist der am 29. Mai b. S. ausgetrocknete Maurerstreik mit einer üblichen Niederslage der Maurer seit dem 8. August beendet. Die Maurer stellten am 5. Mai b. S. einen Antrag auf Lohnerschöpfung von 42 auf 5 Pf. und Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden; im Vorjahr gegenüber war der Lohnsatz bereits durchschnittlich ohne Anfordern der Maurer um 5 Pf. pro Stunde — in 88-87 auf 41-42 Pf. — erhöht worden. Die Arbeitgeber erklärten sich jedoch trotzdem zur Verhandlung bereit und legten einen Verhandlungstermin fest, den jedoch die Maurer Kölmars nicht erst abwarteten, sondern schon vorher den Streit in Szene legten. Daraufhin lehnten dann die Arbeitgeber ebenfalls jede Verhandlung mit den Maurern ab und erst auf verschiedene Interpellationen des Verbandsvorstandes Oberbaurichter-Berlin haben die Arbeitgeber mit demselben als Beauftragten der Maurer Kölmars am 8. August d. J. einen Arbeitsvertrag bis 1. Januar 1910 abgeschlossen. Die Arbeitszeit bleibt unverkürzt 11 Stunden, Lohn pro Stunde 1907 40 Pf., 1908 41 Pf. und 1909 42 Pf.; also erst nach drei Jahren ist der vor dem Streit gehabte Lohnsatz erreicht. Dieser Erfolg war in der Hauptfrage dem einmütigen Zusammensein sämtlicher Arbeitgeber zu danken."

Ob sich hierfür auch ein Kritikus im "Grundstein" findet? Ich glaube kaum, denn man muß ja alle Kraft dazu verwenden, um die Erfolge der Christlichen in "Niederlagen" umgedreht zu sehen. Und da wird in geradezu unversöhnlicher Weise erlogen, wie dies die letzte Nummer des "Grundstein" überliefert beweist. Unbedingt bleibt, daß die Redaktion des "Grundstein" solche Lügen, die ihr doch bekannt sein müssen, durchgeht. Wir werden noch darauf zurückkommen.

Bezirk Köln.

Übersicht-Warmen. (Stuttgarter.) Die Lohnbewegung der Stukkateure des Wuppertales ist durch Abschluß eines Vertrages beendet. Während bisher bei 8-Stundenarbeitszeit 68 Pf. Stunbenlohn gezahlt wurde, ist in dem neuen Vertrag folgendes festgelegt: Die Normal-Arbeitszeit ist 8 Stunden; Samstag ist eine Stunde früher arbeitsfähig als Sonntag, so daß die wöchentliche Arbeitszeit jetzt 48 Stunden beträgt. Der Stunbenlohn beträgt ab 1. September 1907: 80 Pf., ab 1. April 1908: 87 Pf., ab 1. April 1909: 97 Pf. — Für Arbeiten über eine Eisenstation hinaus ist 50 Pf. Fahrgeld und Fahrzeit zu bezahlen. Übernachtung notwendig, so werden pro Tag 1,50 Pf. und sozialpolitische Hin- und Rückfahrt bezahlt. — Die übrigen Bestimmungen schließen sich den allgemeinen üblichen an. Besonderswert ist noch, daß Aufforderung sowohl innerhalb als außerhalb des Vertragsgebietes nicht stattfinden soll. Somit wäre es den Kollegen ja wieder gelungen, wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, trotz der verhältnismäßig schlechten Konjunktur, auf friedlichen Wege zu erreichen. Es muß jetzt aber mehr wie bisher Aufgabe der sämtlichen Kollegen sein, den Vertrag voll und ganz durchzuführen, damit man bei den Verhandlungen seitens der Arbeitgeber nicht wieder sagen kann: die Stukkateure bieten sich ja selbst zu anderen Bedingungen, als fairisch festgelegt sind, an. Wenn es ja auch größtenteils Genossen sind, auf welche dieses zutrifft, so wollen wir es uns nicht verböhnen, daß es auch einzelne unserer Kollegen betrifft. Beherrzigen wir die Worte, die der Kollege Häuschen unsererseits und Öenthal von den Genossen in der am 1. September 1907 gefundene Versammlung an uns gerichtet haben. Suchen wir dieselben in die Praxis umzusehen, und wir werden selbst den Nutzen davon haben. Pflegen wir noch mehr wie bisher das Solidaritätsgefühl und lasse sich keiner dazu herbei, unter Tarif zu arbeiten. Führen wir in unseren Reihen eine eiserne Disziplin, damit wir der Welt niemals ein deplatiges tragisches Schauspiel geben, wie es in der Verhandlung der Genossen einem Centralvorsitzenden mache. Zu bemerken ist noch, daß Verhandlungen nicht mehr allein zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gepflogen wurden. Der Schuhverband der Bergbaulichen Betriebe war durch seinen Sekretär, Herrn Ullendorfer, vertreten, während Leiters der Arbeiterorganisationen die Kollegen Häuschen unsererseits und Öenthal von den Genossen vertreten waren. Der Vertrag gilt vom 1. September 1907 bis 30. April 1910.

Streifzüge durch die deutsche Arbeiterversicherung.

IV.

Zur den Anspruch auf "Ungehörigen-Krankengeld" kommt es nur darauf an, ob der Erkrankte "bisher" d. h. in der Zeit unmittelbar vor seiner Erkrankung, wenn auch nicht gerade die unmittelbar vor seiner Unterbringung ins Krankenhaus, den Unterhalt der betreffenden Angehörigen, ganz oder wenigstens zu einem rechtfertigen Teile, aus seinem Arbeitsverdienst tatsächlich befreit hat, gleichviel, ob er dazu eine Rechtspflicht hatte oder nicht.

Für Menschen, für welche die Gemeinde-Krankenversicherung eingetreten ist, behalten nach § 17 des R. V. G. S., wenn sie aus der dieselbe begründeten Beschäftigung aussteigen, und nicht zu einer Beschäftigung übergehen, ver-

möge welcher sie nach Vorschrift dieses Gesetzes Mitglieder einer Krankenkasse werden, den Anspruch auf Unterstützung, so lange sie die Versicherungsbeiträge fortzahlen und entweder im Gemeindebezirk ihres bisherigen Aufenthaltes bleiben, oder in dem Gemeindebezirk ihren Aufenthalt nehmen, in welchem sie zuletzt beschäftigt wurden. Der § 11 handelt vom freiwilligen Verbleiben in der Versicherung nach Wegfall der Voraussetzungen für die Begründung derselben und entspricht dem für Ortskrankenkassen geltenden § 27. Der Versicherte muß zur Verminderung des Erbschens der Versicherung die Beiträge zum vollen Betrage, also einschließlich des vom Arbeitgeber getragenen Anteils, stets fortzahlen. Durch eine bloße Erklärung ohne Beitragsleistung kann die Gemeinde-Krankenversicherung nicht aufrecht erhalten werden. Wenn der Versicherte bei seinem Ausscheiden aus den die Versicherung begründeten Beschäftigung erwerbst und ist und Krankenunterstützung bezieht, so dauert die Versicherung dagegen ohne weiteres fort. Die Notwendigkeit freiwilliger Fortsetzung tritt erst mit dem Ende der Krankenunterstützung ein, und die Freien laufen daher auch erst von diesem Zeitpunkt. Wir verlassen hiermit die Gemeindekrankenkassen, deren, für die Versicherten, wichtigste Bestimmungen wir in obigen kennen gelernt haben, und kommen nun zu der für unsere Mitglieder weitaus wichtigeren Versicherungsart, zu den

Orts-Krankenkassen.

Durch die Ortskrankenkassen werden die Berufsgenossen innerhalb eines lokalen Bezirks (Gemeinde- oder Gemeindeverband) im Gegensatz zu den Betriebskrankenkassen, welche die Berufsgenossen innerhalb eines bestimmten Unternehmens umfassen, zu gemeinsamer Ertragung der im wesentlichen gleichen Krankheitsgefahr verbunden. Die Errichtung von Orts-Krankenkassen ist, wie die Gemeindekrankenversicherung, eine Gemeindeangelegenhheit. Die Gemeinde überträgt dadurch die ihr obliegende Pflicht zur Krankenfürsorge auf die corporativ organisierten Kassen. Die Orts-Krankenkassen umfassen alle in bestimmten Gewerbszweigen oder Betriebsarten beschäftigten Personen — soweit nicht für die in einem bestimmten Unternehmen beschäftigten Personen eine besondere Kasse, nämlich eine Betriebs-Krankenkasse errichtet ist oder die Beschäftigung bei einem Innungsmittel stattfindet, für welche eine Innungs-Krankenkasse besteht; außerdem kommt noch die Befreiung der Knappelschaftskassen und gewisser Hilfsklassenmitglieder vom Kassenzwang überhaupt in Betracht. Die besonderen Bestimmungen für die Ortskrankenkassen enthalten die §§ 16—48, von welchen wir die wichtigsten etwas näher erläutern wollen.

Nach § 16 sind die Gemeinden berechtigt, für die in ihrem Bezirk beschäftigten versicherungspflichtigen Personen Orts-Krankenkassen zu errichten, sofern die Zahl der in der Kasse zu versichernden Personen mindestens einhundert beträgt. . . . Die Errichtung gemeinsamer Orts-Krankenkassen für mehrere Gewerbszweige oder Betriebsarten ist zulässig, wenn die Zahl der in den einzelnen Gewerbszweigen und Betriebsarten beschäftigten Personen weniger als einhundert beträgt. . . . Die Orts-Krankenkassen sind mithin "öffentliche Genossenschaften" mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, Selbstverwaltung, besonderer gesetzlicher Vertretung und selbständiger auf das Kassenvermögen beschränkter Haftung, also juristische Personen. Die Unterstützung der Orts-Krankenkassen, die eine viel weitergehende ist, als die der Gemeinde-Krankenkassen, ist hauptsächlich durch den § 20 geregelt, der folgendes besagt: „Die Orts-Krankenkassen sollen mindestens gewähren: im Falle einer Krankheit oder durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit eine Krankenunterstützung in Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes derjenigen Klassen der Versicherten, für welche die Kasse errichtet wird, soweit er vier Mark für den Arbeitstag nicht überschreitet; eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes an Wöchnerinnen, welche innerhalb des letzten Jahres, vom Tage der Entbindung ab gerechnet, mindestens sechs Monate hindurch einer auf Grund dieses Gesetzes errichteten Kasse oder einer Gemeinde-Krankenversicherung angehört, auf die Dauer von sechs Wochen nach ihrer Rückkehr; für den Todesfall eines Mitgliedes ein Sterbegeld im zwanzigfachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes. . . . Durch die Novelle vom Jahre 1892 sind sowohl Sterbegeld wie Wöchnerinnenunterstützung neu bestimmt worden. Beides Einrichtungen, die der Gemeindekrankenversicherung fremd sind, haben als solche, haben als Mitglieder von Orts-Krankenkassen nicht die sonstigen Leistungen, sondern nur einen Geldbetrag zu fordern, der aber, obwohl das normal verlaufende Wochenbett nicht als Krankheit gilt, dem Krankengeld gleich steht, und zwar nicht nur der Höhe, sondern auch in bezug auf seine rechtliche Beurteilung. Ein Unrecht auf die Wöchnerinnenunterstützung haben auch, was vielfach nicht bekannt sein dürfte, uneheliche Mütter. Daß eine gewisse Dauer der Mitgliedschaft für den Bezug der Wöchnerinnenunterstützung vorgesehen ist, hat seinen Grund darin, daß vielfach Schwangere kurz vor ihrer Entbindung, oft nur zum Schein, eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung aufgenommen haben, lediglich um den Unterstützungsanspruch zu erwerben. Um einer solchen ungehörigen Ausbeutung der Kassen vorzubeugen, waren diese, wenn auch etwas „hart“ schmeidende Maßnahmen geboten.

Mit Rücksicht auf die bisherige Entwicklung des Krankenkassenwesens ist den organisierten Krankenkassen allgemein zugleich die Funktion von Sterbekassen durch das Gesetz übertragen. Das Sterbegeld ist zu zahlen ohne Rücksicht auf die Todesursache, also auch im Falle des Selbstmordes. Da der Tagelohn für verschiedene Altersklassen verschieden festgestellt wird, so bemisst sich auch das Sterbegeld verschieden. Da der Versicherte während des Bezugs von Krankenunterstützung noch Mitglied der Kasse bleibt, auch wenn inzwischen das Beschäftigungsverhältnis, auf dem die Versicherung beruht, gelöst worden ist, so haben die Angehörigen auch dann Anspruch auf das Sterbegeld, wenn der Tod außer Zusammenhang mit der Krankheit steht, wegen deren die Krankenunterstützung gewährt wurde. Stirbt der Versicherte aber nach Beendigung der Krankenunterstützung innerhalb eines Jahres bei ununterbrochen fortduernder Erwerbsunfähigkeit, so besteht ein Anspruch nur dann, wenn der Tod infolge derselben Krankheit, berentniegen, ver-

stübung gewährt wurde, eingetreten ist. Ist ein Betriebsunfall die Todesursache und besteht dieserhalb ein Anspruch auf Sterbegeld nach den Unfallversicherungsgesetzen, so wird hierdurch die Pflicht der Krankenkasse zur Zahlung des Sterbegeldes nicht berührt, aber die Kasse hat wegen des Gezahlten einen Erstattungsanspruch an die Berufsgenossenschaft.

Nach § 21 sind Erhöhungen und Erweiterungen der Leistungen der Ortskrankenkassen zulässig. Die Dauer der Krankenunterstützung kann bis zu einem Jahre festgesetzt werden; das Krankengeld kann unter gewissen Voraussetzungen schon vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit sowie für Sonn- und Festtage gewährt werden. Ebenso kann letzteres bis zu drei Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes festgesetzt werden. Neben freier Kur und Versorgung in einem Krankenhaus, kann den Angehörigen des Unterhalts, deren Unterhalt er bestritten hat, Krankengeld bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes bewilligt werden. Ferner kann solchen, welche nicht den Unterhalt von Angehörigen aus ihrem Lohn bestritten haben, ein Krankengeld bis zu einem Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes bewilligt werden. Außerdem kann noch für Schwangere sowie für Familienangehörige der Kassenmitglieder, die Unterstützung gewährt und erweitert werden und das Sterbegeld bis zum vierzigfachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes erhöht werden. Hieraus geht schon zur Genüge hervor, daß die Ortskrankenkassen die Gemeindekrankenkassen in Bezug auf Unterstützung um ein ganz Bedeutendes übertragen. Beider kann sich eine große Anzahl Kassen nicht ausschließen, die Unterstützungen bis zum „Höchstmäß“ ausdehnen, welches nicht zuletzt auf so verschiedene sozialdemokratische „Musterkassen“, die in den Kassen ihr Wesen treiben, zurückzuführen sein dürfte.

Der Anspruch auf die gesetzlichen Unterstützungen der Kasse zum Bezug der gesetzlichen Mindestleistungen beginnt für sämtliche versicherungspflichtige Kassenmitglieder, sobald sie Mitglieder der Kasse geworden sind. Von Kassenmitgliedern, welche nachweisen, daß sie bereits einer anderen Krankenkasse angehört oder Beiträge zur Gemeinde-Krankenversicherung geleistet haben, darf ein Eintrittsgeld nicht erhoben werden, wenn zwischen Eintritt aus der einen in die andere Kasse nicht mehr als 26 Wochen liegen.

Kassenmitglieder, welche aus der Beschäftigung, vermöge welcher sie der Kasse angehören, behufs Erfüllung ihrer Dienstpflicht im Heere oder in der Marine ausgeschieden sind und nach Erfüllung der Dienstpflicht in eine Beschäftigung zurückkehren, vermöge welcher sie der Kasse wieder angehören, erwerben mit dem Zeitpunkte des Wiedereintritts in die Kasse das Recht auf die vollen statutenmäßigen Unterstützungen derselben und können zur Zahlung eines neuen Eintrittsgeldes nicht verpflichtet werden. Eintrittsgeld, dürfen nur die organisierten Kassen erheben, nicht auch die Gemeindekrankenkasse; es ist von den Versicherten allein zu tragen; aber bei Versicherungspflichtigen, gleich den Arbeitern, vom Arbeitgeber vorzuziehen.

Sozialdemokratische Verbände als Streikbrecher-Vermittler.

Streikbrecherorganisationen, Unternehmerleiblinge — wer kennt nicht diese Ausdrücke, die unseren kleinen und großen sozialdemokratischen Agitatoren so geläufig sind wie einem Hund das „Gauzen“. Damit glaubte man ehemals und auch noch heute den christlichen Gewerkschaften das Wasser abgraben zu können; allerdings war die Rechnung insfern schief, als die Praxis diese Männer mit ihren Verdächtigungsattacken fort und fort Bügen strafte. Demgemäß steigerte sich das Vertrauen der Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften und ließ sie zu dem werden, was sie heute sind.

Im allgemeinen sollte man nun annehmen, daß der Schild jener Männer, die mit derartigen unqualifizierten Schlagworten um sich werben, rein sein müsse. Wer solches glaubt, irrt sich! Die Annalen jener angeblichen Vertreter der Arbeiter weisen Handlungen auf, die alles, nur keine Förderung der Arbeiterinteressen bedeuten. Und wenn man wirkliche Streikbrecher suchen will, in den Reihen der sozialdemokratischen Gewerkschaften sind sie zu finden. Nicht aber, daß letzteres allein auf unserer Erfahrung beruhte, nem, in schwachen Stunden dokumentieren die „Alleinberechtigten“ sich dieses selber. Neuerdings schreibt die anarcho-sozialistische „Einigkeit“ dem sozialdemokratischen Bauhüllsarbeiterverband einiges ins Stammbuch, wobei auch andere ihr „Fett“ abkriegen. Allzuviel wird die Sache dadurch, daß sie sich in dem roten Paradies Hamburg abspielen.

Die „Einigkeit“ schreibt also:

„Ein moderner Zentralverband führt als Streikbrecheragent nicht doch bei allen Befreiungen der Neuzeit kaum dagegen sein und wird daher wohl etwas ungeheuerlich erscheinen. Mancher wird glauben, daß dieses fast Unglaubliche in den schwärmesten Gezeiten geschehen sei, wo man solches wegen der vielen Anfechtungen noch verzeihen kann. Nein, Hamburg heißt die Stadt, die sich besser rühmen kann. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Am 12. August wurde der Abbruch Eppendorfer Landstraße, Unternehmer Kröning, wegen Maßregelung und wegen Aufräumung aller für Abbruchsbedrohte maßgebenden Baupräzessbestimmungen gesperrt. Auf dem Abbruch waren beschäftigt ein Hafenarbeiter, ein Metallarbeiter, zwei vom Zentralverband der Bauhüllsarbeiter und sechs von der Vereinigung der Abbruchsarbeiter. Unseren Geschäftsführer, der nach der Baustelle berufen wurde, um die Sache zu regeln, gelang es nicht, eine friedliche Einigung herzustellen; er kam bald zu der Einsicht, daß die Kollegen nicht anders könnten, als die Arbeit einzustellen. Hervorzuheben ist ganz besonders, daß die beiden Mitglieder des Zentralverbandes dem Unternehmer recht durch die Wahrheit sagten und voll Begeisterung für die sofortige Sperrung des Abbruchs eintraten.“

Laut Beschluss der Preskonmission von 1904 dürfen von uns mit Sperren im „Schloß“ veröffentlicht werden, wenn die selben von dem Vorstand des Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Hamburg, bestätigt werden. Wo laut obigem Beschluss müssten wir nun um die Befüllung der Sperrenzeige nachsuchen. Insgesamt war der Unternehmer K. schon auf dem Bauen, seit dem ersten Leiter des Zweigvereins, Genossen

Emil Höffmeier, gewesen. Diesem bot Herr Höffmeyer gleich eine Anzahl arbeitswillige Verbandskollegen an, die am 13. gleich anfangen sollten, und erklärte weiter:

„Wegen der Sperr brauche sich S. keine
grauen Haare wachsen zu lassen, denn die Ver-
stüttigung lehne er ab.“

Vor diesem Angebots kam der Unternehmer doch zu
uns ins Bureau, weil Höffmeier wohl Leute schicken könnte,
aber keine Abdrucksarbeiter. Natürlich könnten wir nun
in diese Notlage verkehrt, an unseren ganzen Bedingungen nicht
festhalten, sondern müssten uns mit der Abschaffung der
dort herrschenden Missstände begnügen. Die Unternehmer
können jetzt die teuren Spesen für Arbeitswollige sparen, denn
Herr Höffmeier wird es ihnen nicht zu teuer anrechnen.

Schon oft haben wir von Unternehmern gehört: „Wenn Sie mit eurem Kopf durchwollt, so schicke ich nach dem Gewerbeschause.“

Die Arbeitgenossen Deutschlands mögen nach diesen Vor-
kommissen beurteilen, ob solche "Führer", wie oben gekenn-
zeichnet, Arbeiter zum Kampfe für Freiheit und Recht zu
führen imstande sind.

Der Vorstand der Vereinigung der Bau-, Erd-, Zimmerer- und Abbrucharbeiter von Hamburg-Altona-Wandsbek.

N.B. Im Mr. 30 und 33 der „Die Einigkeit“ berichteten wir schon über das Gebaren des Unternehmers Bloch, der anscheinend der Günstling der Partei ist; heute können wir dem noch hinzufügen daß die letzten Arbeitslöhne für die Woche vom 4.—10. August der Unternehmer Bloch nicht mehr bezahlt hat, sondern diese Zahlung hat er ebenfalls der großen Parteikasse überlassen. Im übrigen droht Herr B. noch mit einer Klage gegen die Geschäftsleitung des „Echo“, weil

Der Unternehmer Lange führt jetzt die Ruinen ab. Dieser Herr hatte eine Unzahl Abbrucharbeiter von uns angestellt; diese mussten aber wieder hinaus, weil nur allein gesetzige Arbeiter, wie z. B. Herr Koch, die auch beim Streik den Unternehmer nicht im Stiche lassen, dort arbeiten dürfen. Herr Koch gehört jetzt dem Bauarbeiterverbande an. Deshalb die herzliche Freundschaft.

Anmerkung der Redaktion. Nach diesem scheint in der

Streikbrechervermittlung bei den Centralverbänden System zu liegen. Wir können eine ganze Reihe von Fällen anführen, in denen ein anderer Centralverband, der deutsche Metallarbeiterverband in Berlin die Vermittlung von Streikbrechern übernommen hatte, wo seine eigenen Mitglieder so unbotmäßig waren, sich gegen brutale Unterdrückung seitens der Unternehmer aufzulehnen und sich nicht unter der Diktatur ihrer „Führer“ zu beugen. Ein besonders krasser Fall trug sich vor gut nicht langer Zeit zu, in dem ein angestellter Verbandsbeamter nach einer bestreiten Werkstätte Arbeitswillige vermittelte und dann wegen dieser Tat gegen ihn der Ausschluß aus der Partei gestellt wurde. Der in Frage kommende Wahlverein und das Schiedsgericht gaben aber diesem Antrage nicht statt, weil der Betreffende (Behrend ist sein Name) sich der Tragweite seiner Handlungswweise nicht voll bewußt war! Und heute spielt dieser „Führer“ immer noch eine große Rolle und ist kürzlich im 2. Berliner Wahlkreis bestig gegen Bieber Lokalisten zu Felde gegangen. Also derartige Fälle können nicht nur in den schwätesten Gegenden, sondern selbst in den hellsten Otten unter der Intelligenz der Arbeiterschaft passieren.“

Das wir uns in häusliche Streitigkeiten nicht gerne
nischen, fügen wir dem nichts hinzu. Die Sache spricht
auch so genug für sich. Unseren Kollegen aber raten wir,
sich derartiges gut aufzubewahren und es im geeigneten
Moment den Menschen, wenn ihre Fähigkeit der Behaup-
tungen alle Dämme niederreißt, derartig als Beweis der
eigenen Glorie und Vollkommenheit ins Gedächtnis zu-
rüdzutun, daß ihnen der Appetit gründlich verdorben
wird. Wir erwarten dadurch aber nicht etwa eine Besse-
rung derselben, — wo die Beschimpfung und Verdächtigung
gleichsam zum Lebenselement geworden ist, ist schlecht
etwas zu bessern, aber der Massen dient es zur Aufklärung,
und darum handelt es sich.

Abgelehnte Eingabe von „Sitz Berlin“.

Die Hochöfenarbeiter der Königshütte im Orte gleichen Namens reichten durch den Arbeiterscretär Musiol von seiten der katholischen Fachabteilung, eine Eingabe an die Direction genannter Hütte, in welcher sie ihre Wünsche und Beschwerden vorbrachten und um deren Bewilligung beziehungsweise Abhebung batzen. Demselben ging hierauf folgende Antwort zu:

Sehr geehrter Herr Arbeitersekretär S. Rauholz, Königshütte. Das
geehrte Schreiben vom 19. d. M., in Königshütte zit. Post
gegeben am 21. d. M., ist heute in meine Hände gelangt.
Ich stelle zunächst fest, daß ich ein Schreiben vom 18. Juli
d. J. nicht erhalten habe. Sodann lasse ich Ihnen in der
Anlage das geehrte Schreiben vom 19. d. M. mit dem Hinzu-
fügen ergeben darf wieder zugreifen, daß die Hochofenarbeiter
der Königshütte Ma n n s g e n u g s i n d, ihre Wünsche selbst
an passende Stelle vorzutragen, und daß sie dazu keiner
Zwischenhand durch ein Arbeiterssekretariat oder einen Arbeiter-
sekretär bedürfen. Die Verwaltung der Vereinigten König-
und Lanzohütte und ich, lehnen es grundsätzlich ab, sich
mit irgend jemand in Größenordnungen über die Arbeiterange-
legenheiten zwischen Werke einzulassen, der unserer Beleg-
heit nicht angehört. Hochachtung! U. ges. Dilger, Geg.
Begegnung.

Diese Entwicklung hat zunächst den zufriedenen Szenenstandpunkt des auf dem Bürger-Konter-Prozeß noch in seinem Außenfassen sichern können. Die Situation der Aufzubietung ist dadurch aber eine ausgesprochne kritische geworden! Hier sind sie abgeblitzt, welche dichten sie nicht, was nun? In der Verlegenheit führt sie eine Resolution des Einiges:

"Sei am heutigen Tage bestimmten Arbeitert der Königliche Waffenwerke Remmels von dem Minnertgasse und bewillige den Arbeitervorstande Remmels ein Gesetz anzufertigen, das die Männer erhalten soll, nach einer Art zu sozialeer Komstitution der Arbeiter den Arbeitervorstand überzeugt werden soll."

etikommens nach sich zu ziehen braucht, bringt der Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1908 ein weiteres Beispiel aus der neuerdings tariflich geregelten Pforzheimer Feinoptik-Industrie. Es heißt hier: „Die Bestimmung, daß die zwölfte oder dreizehnte Arbeitsstunde mit 50 Prozent bezahlt werden müsse, scheitert nach den Erfahrungen des vergangenen Winters ihrer Stweil erfüllt zu haben. Die Arbeitgeber erklärten allgemein, daß längere als elfstündige Arbeitszeiten überhaupt zu verhindern sind, so teuer bezahlte Arbeit sich nicht lohne, und kamen — was früher für unmöglich gehalten wurde — trotz des überaus lebhaften Geschäftsganges ohne Weißarbeit aus. Haben auch manche Fabrikanten unter den neuen Verhältnissen wiederholt Aufträge mit kurzen Lieferfristen ablehnen müssen, so könnte im allgemeinen doch mit elfstündiger Arbeit soviel „hinausgebracht“ werden, als früher mit einer Arbeit von zwölf und dreizehn Stunden. Der Besitzer eines sehr großen Unternehmens hat die auch sonst gemachte Erfahrung bestätigt gefunden, daß die auf die Stunde berechneten Stundlohnverdienste der Arbeiter mit der Verkürzung der Arbeitszeit gestiegen sind. Als eine Garantie für die praktische Durchführung der tariflichen Vereinbarungen führt der Bericht weiter den Umstand an, daß die Arbeitszeiten für alle Pforzheimer Betriebe einheitlich festgelegt sind.“

Der Verband rheinisch-westfälischer Betriebskrankenkassen

mit dem Eise Essen a. d. Muhr, dem über 400 Betriebs-
kassen mit etwa 600 000 Versicherten angehören,
hat zu dem Entwurf eines Reichsapothekengesetzes folgen-
den Besluß gefaßt: „Der Verband rheinisch-westfälischer
Betriebskassen hält die Reform des Apotheken-
gesetzes aus den in den Ersläuterungen zu dem Entwurf
des Reichsapothekengesetzes gegebenen Gründen für drin-
gend geboten. Er stimmt insbesondere dem Bestreben zu,
weitere Erhöhungen der Idealwerte tunlichst hinzu-
halten und hält die Personalkonzeßion für das den Ver-
hältnissen am ehesten entsprechende Apothekensystem. Der
Verband ist dabei der Meinung, daß die privilegierten
Apotheken und die auf Grund von Realkonzeßionen be-
riebenen Apotheken gleichmäßig behandelt werden müssen.
Er in dem Entwurf angedeutete Weg für die Umwand-
lung verläßlicher in unverläßliche Konzeßionen führt
nach Ansicht des Verbandes in absehbarer Zeit nicht
im Biele. Es erscheint geboten, die Durchführung der
Reform nicht auf unbestimmte Zeit anstehen zu lassen.
Das neue Gesetz sollte auch den Kassenkassen oder den
Vereinigungen von Kassenkassen gestatten, Apotheken
durch approbierte Apotheker zu führen. Die Befugnis der
Kassenkassen zur Selbstabgabe der dem Verkehr freit-
gegebenen Arzneimittel, Verbandstoffe, Artikel zur Kran-
kenspeise u. s. f. ist ausdrücklich zu bestätigen. Ferner
sollten die Kassenkassen fordern, daß für die Kassen-
kassen eine besondere Tage oder ein Zwangsrabatt, zum
mindesten aber eine Handverkaufstage festgesetzt wird.“
Schließlich fordert der Verband, daß bei den Beratungen
der die Arzneitage Vertreter der Kassenkassen zuge-
gen werden.

Der Münchener Wohnungsmarkt

führt eine Beseitigung durch das Statistische Amt der Stadt München, indem es eine Bearbeitung der Zahl der Verhältnisse der leeren Wohnungen nach dem Ergebnis der Zählung vom 12. Juni 1907 herausgegeben hat. Danach betrug die Zahl der leeren Wohnungen am 12. Juni 1907 8268 oder 2,4 Proz. des gesamten Wohnungsaufwandes gegenübler 5788 oder 1,9 Proz. im Jahre 1890.

Kann durch einen Unfall Tuberkulose entstehen?

Ein Arbeiter erleidet einen Unfall, wobei ihm Kente gequetscht wird, einem anderen wird der Brustknochen zusammengebrochen. In beiden Fällen schließt sich an den Unfall Tuberkuose an, das erste Mal Gelegenheitstuberkuose, das andere Mal Lungenentzündung. Sind nun diese Erkrankungen auf den Unfall zurückzuführen und als schädigungspflichtige Unfälle anzusehen? So oft es Fälle die Aerzte und die Spruchinstanzen beschäftigen, schwer läßt sich der Zusammenhang mit einzelnen feststellen. In den meisten Fällen ist der Zusammenhang derart, daß schon vor dem Unfall eine tuberkulöse Erkrankung bestand, die aber bisher keine Symptome machte, durch die von außen kommende Gewalteinwirkung wurde aber der schleichenb verlaufende Prozeß angefacht und kommt erst jetzt zur Geltung. Das hat man auch experimentalem Wege erwiesen, indem man die Tiere gewissen Teilen quetschte und dann mit Tuberkuose impfte; an diesen Stellen entwickelte sich dann diese Krankheit rascher, wie an den nicht verletzten Stellen. Bei erhöhtem Mitleidensanspruch muß daher festgestellt werden, ob bereits vor dem Unfall eine Tuberkuose bestand, es muß räumlicher und zeitlicher Zusammenhang zwischen Unfall und Krankheitsausbruch sich ergeben. Gewöhnlich tritt Tuberkuose einige Monate nach der Verletzung auf, gar keine schwere gewesen zu sein braucht. Die Prag der Schiedsgerichte erkennt übrigens an, daß ein entschädigungspflichtiger Betriebsunfall dann vorhanden ist, wenn der Unfall eine bestehende Tuberkuose verschlimmert oder eine bereits vorhandene offenbar werden läßt.

Alkoholabstinenz und Lebensdauer.

In welchem Verhältnis Alkoholabstinenz und Lebendauer zueinander stehen, lernt man zahlenmäßig aus den seit etwa sechzig Jahren geführten Statistiken der englischen Versicherungsgeellschaft „The United Kingdom Temperance and General Provident Institution“ kennen. Wie die Gesellschaft gegründet wurde, prophezeite man einen baldigen Zusammenbruch, da man die Ausnahmen von Temperanzlern in eine Lebensversicherung für rechtbedenklich hielt. Man glaubte nämlich, die Entziehung des Alkohols sei dem Körper schädlich und verhindere eine lange Lebensbauer. Die Wissenschaft hat seitdem bekanntlich das gerade Gegenteil festgestellt. Doch nahm jene englische Gesellschaft nach einigen Jahren auch Nichttemperanzler als Mitglieder auf. Sie führte aber für diese und die Temperanzler eine besondere Statistik, die heute zur Erkennung des Alkoholeinflusses auf die Lebendauer von Wert ist. In den Jahren von 1841 bis 1900 wurden 31 776 Mitglieder aufgenommen, die Nichttemperanzler waren, mit 466 943 Lebensjahren und 8947 Todesfällen. Auf die 29 094 Temperanzler entfielen bei 393 011 Lebensjahren 5124 Todesfälle. Hätten sie eine gleich starke Sterblichkeit wie die Alkoholtrinker gehabt, so müsste diese Todesfallziffer 6959 betragen. Die Sterblichkeit unter den Alkoholtrinkern war also um etwa 36% höher als unter den Temperanzlern. Die allgemeine Tatsache der höheren Sterblichkeit der Alkoholtrinker ist bekannt; ziffernmäßig gibt es aber wenig Nachweise, die auf einen längeren Zeitraum und auf eine größere Zahl von Personen ausgedehnt sind.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Achtung! Männer und Helferarbeiter nach Gladbeck i. W.
sofort erwünscht. Zu melden bei Kollegen Strop, Christliches Ge-
werkschaftshaus, an der lath. Kirche.

Stukkature.

Ravensburg. Sehr oft hört man seitens der „freien Gewerkschaften“ den Vorwurf, daß die „Christlichen“ erst dann injizieren, wenn sie bereits da wären, um ihnen die Mitglieder abzufangen. Hier ist es umgekehrt; seitdem sich die Gipser im das Bonner der christlichen Gewerkschaften geschart haben, halten die Gewerken jeden Sonntag Versammlungen ab, während man seit zwei Jahren, als Stille Stuttgart den Karten der Staurer so schön im Dred stecken ließ, vom „Gau Stuttgart“ nichts mehr hören konnte. Nachdem Kollege Heurich die erste Versammlung abgehalten, ging es los. Leider bilden unsre Kollegen bei diesen sozialdemokratischen Versammlungen die Staffage; sie bedenken nicht, daß sie dadurch unsere Wahlstelle für schädigen. Passen mit die Gewerken ihre Karre doch allein wieder in den Dred schleben; wie gehen unsre eigentl. Wege, indem wir am besten wissen, wie beim Interesse der Kollegen ehdient ist und in welcher

Wiesbaden. Am 29. August fand im Lokale der christlichen Gewerkschaften eine öffentliche Versammlung der christlichen Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter statt, die sich eines guten Vertrages zu entfreuen hatte. Als Referent war Gewerkschafts-
sekretär Grebe Frankfurt a. M. erschienen. Der selbe sprach
vorsätzlich Weise über die Aufgaben und Tätigkeit der
christlichen Gewerkschaften. Seit Jahren, so führte Redner aus,
wird die Arbeiter bestrebt, Verbesserungen in ihren Lohn- und
Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Dieses ist ihnen auch in
allen Fällen durch die Organisation gelungen. Trotzdem aber
haben die Arbeiter keine Vorteile aufzuweisen, denn das Ge-
winnene geht auf der anderen Seite durch die ungeheure Verter-
ung der notwendigen Lebensmittel wieder verloren. Neh-
men je sei es deshalb notwendig, daß die Arbeiter sich ihren
Berufssorganisationen anschließen und für die Existenz ihres
Standes eintreten. Die ungeheuren Kämpfe, die zwischen den
Organisationen der Arbeitgeber und denen der Arbeiter geführt
wurden, beweisen dieses zur Genüge. Seitens der Arbeiter habe
an dieses ebenfalls erkannt, denn der ungeheure Aufschwung
der Arbeiterorganisationen hat vergangenen Jahre tomme nicht
in ungsfahre. Die christl. Gewerkschaften haben allein im
vergangenen Jahr eine Zunahme von 68 000 Mitgliedern zu-
zeichnen. Beobachtungen haben die christlichen Gewerkschaften
in den beiden letzten Jahren allein 640 geführt und
für über 2 Millionen Mark an Unterstützung herausgegeben. Beim
zweck 2 Millionen Mark Subventionierung wurden dadurch für
jede Mitglieder gewonnen. Die Arbeitszeit wurde in hunderten von Orten und Städten verkürzt. Dabei wurde bei
vielen den wohl Leidens der Sozialdemokratie den christlichen
Gewerkschaften die besten Unternehmertüchtige bei jeder Ge-
legenheit nach vorne gesetzt und siegte. Durch die Rivalität kann
die sozialdemokratische nicht nur den Aufschwung

Interesse der Arbeiterschaft wäre es bedeutend besser, wenn eine einheitliche Organisation bestände, denn Versplitterung bedeutet Untätigkeit. So lange aber die freien Gewerkschaften sich mit der Sozialdemokratie als einheitlich erklären, sich mit ihr verbinden, und vor den politischen Wagen spannen lassen, sei es für einen christlichen Arbeiter unmöglich, einer solchen Organisation anzugehören. Man schaffe eine einheitliche neutrale Organisation und die christlichen Arbeiter würden die ersten sein, die derselben treten würben. In der Diskussion sprach zuerst Genosse Oberwein, Beamter des soz. Verbaudes aus Mannheim, der weiter nichts neues vorbringen konnte, als den angeblichen Streitbruch der christl. Stiftakteure in Mannheim. Kollege Schleicher-Frankfurt holte nach, was Genosse Oberwein versäumt hatte, und betonte, daß der Mannheimer Kampf lediglich aus Gründen der Gleich- und Christenberechtigung geführt worden sei. Genosse Oberwein habe aber keinen Grund von Streitbruch zu reden, sonst läme er in die Lage des Kuckucks, der beim Schreien immer nur seinen eigenen Namen höre. Als nun Neubner noch auf das famose Verhalten der freien Stiftakteure bei den Dohnbewegungen ihrer Bruderoorganisationen in Regensburg, Augsburg und Wiesbaden zu sprechen kam, betitelte Gelegenheit die in Verdracht kommenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsorgane von notorischem Streitbruch und „es ist ein Standes“ schrieben, wurde man auf Seiten der Genossen ziemlich kleinlaut. Die nachfolgenden soz. Diskussionsredner übertraten ihre Taktik, indem dieselben vom Streitbruch zur Dummheit übergingen, die jahrhundertlang von dem Christentum mit Gewalt gepflegt sei. Ein Genosse, der sich als Bruchhilfsarbeiter ausgab, redete von den Leibn, die er als Kind wegen der Religion habe erdulden müssen. Von seinem Stützen Water sei er so erzogen worden, daß er heute vor Nichtchristen strehe. Nach Aussage dieses Gelehrten werden die Christlichen heute noch in der Dummheit erzogen, während die Sozialdemokratie mit der Leidenschaft. Ein anderer Genosse, dem man den zweiten Vorstuhl übertragen, sagte ebenfalls über die Dummheit der Christlichen, trotzdem er damit genügend ausgestattet war, und vertröstete dann seine Kollegen auf den Zukunftstaat. Dieser Genosse fügte allerdings die bedeutungsvollen Worte hinzu: Wir werden diesen nicht erleben. Seitens der christlichen Organisationen sprachen noch die Noll, Hemme und Gehring, welche beide gründlich mit den Genossen abrechneten. Als nun Noll, Frede in seinem Schlusssort ebenfalls mit den Genossen scharf zu Gericht ging, lämpste man seitens derselben mit den altbewährten geistigen Waffen und brüllte herum, daß man sich in eine Menagerie versetzt glaubte. Hatte der Vorsitzende schon vorher große Mithilfe, die Ordnung aufrecht zu erhalten, so bedurfte es jetzt seiner ganzen Kräfte, und nur dem Verhalten der christl. Arbeiter ist es zuzuschreiben, daß die Versammlung nicht durch den überwachenden Beamten aufgelöst wurde. Der Erfolg war allerdings auf christlicher Seite, drei Arbeiter traten über, andere werden folgen. Dieses ist der beste Beweis, daß auch in Wiesbaden ein gesunder Boden für die christl. Gewerkschaften vorhanden ist.

湖南教育出版社

Lampertheim. Wohl kaum in einem Bezirk hat die christliche Arbeiterschaft so unter dem Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu leiden, als in Mannheim und nächster Umgebung. Erst kürzlich wurden drei Kollegen in Heidelberg brotlos gemacht. Dieser Ruhm ließ anstehend auch die Genossen in Lampertheim nicht schlafen. Um unsere neu gewonnenen Kollegen zum Übertritt zu bringen, legten am 19. August 5 Genossen unter Führung des Obergenossen Lehmann die Arbeit nieder. Sie hatten sich aber damit in eine helle Patsche gebracht, denn sie gingen nun auch „wirklich“ und — die Christlichen blieben. Was geschah nun? Der Obergenosse Lehmann ließ noch an demselben Tage zu dem Unternehmer und bettelte, um wieder eingestellt zu werden. Als derselbe sich weigerte, musste er sehen, wie der Christentöter die bittersten Tränen weinte. O Schmerz, las nach — solche Elemente. Uns soll dieses Vorkommen ein Ansporn sein zur Stärkung unseres Verbandes, und rufen wir allen Kollegen zu, eifrigst zu agieren, dann wird man es in Zukunft nicht mehr wagen, einen christlichen Arbeiter wegen seiner Gesinnung brotlos zu machen.

Kamen (Bezirk Dortmund), 31. August. In Nr. 34 des „Grundstein“ befindet sich ein Artikel mit der Spitzmarke „Christliche Büttenfattif“. In demselben wird versucht, den Bericht aus Nr. 31 der „Baugewerkschaft“ von Kamen als Unwahr hinzustellen. Demgegenüber stellt die hiesige Ortsgruppe des christlichen Verbandes folgendes fest: Erstens, daß die Zahl der neu aufgenommenen Kollegen bis zu dem fraglichen Datum 27 betrug, und daß die 27 nicht bloß Bauarbeiter, sondern auch Maurer sind, und zweitens, daß einige Kollegen aus dem sozialdemokratischen Verbande zu uns übergetreten, sind wir in der Lage zu beweisen, und wenn es verlangt wird, die Buchnummer vom sozialdemokratischen Verbande bekanntzugeben. Weiter heißt es, die Verdüterei der Christlichen, seit der Zeit ihres kurzen Bestehens, grenzten an Tatsächlich. Demgegenüber ist zu bemerken, daß wegen Regenwetter 20 Stunden gesetzert werden mußten und in der Baubude besprochen wurde, einige Stunden nachzuholen. Die Genossen waren alle damit einverstanden, und obendrein stellte es der Polier jedem frei, die Stunden nachzuholen oder nicht. Als nun die Bezirksvorständen beider Verbände hiervon Kenntnis erhielten, wurden sie bei dem betreffenden Polier vorstellig, und dieser erklärte, daß es jedem freigestellt wäre, die ausgesetzten Stunden nachzuholen, gleichzeitig bedauerte er, daß die Leute selbst den Ruf nicht bestehen könnten dieses mitzutun, und daß von jetzt an keine Stunde mehr nachgeholt würde. Von missregt ist keine Rede gewesen, er wolle nur den Feigling kennen lernen. Wahr ist aber, daß die Herren Genossen außer ihrer Beschäftigung bei der Firma Peter nach Arktikorchester herrschten und diese

Der Vorsitzende schreibt noch Vorschriften, und diese sind noch Vorschriften des sozialdemokratischen Verbandes. Das ist zu verzeihen, denn es sind ja doch „Gefüllten“. Den Balken im eigenen Muge sieht man ja nicht, wohl aber den Splitter im Muge des Nachsten. Eine erbärmliche Lüge ist es ferner, daß einige Mitglieder unserer Organisation gesagt haben sollen, sie stecken sich von dem Führer des Verbandes keine Vorschriften über die Arbeitszeit machen, lieber taten sie ausstrotzen. Der Artikelschreiber des „Grundstein“ denkt nur immer darauslog, etwas bleibt hängen. Wir können aber feststellen, daß trotz der Verfehlungen die Zahl unserer Mitglieder auf Höhe von Tag zu Tag steigt, und daß jetzt 50 Mitglieder bei uns organisiert sind. Das dieses den Ge- füllten nicht paßt, ist leicht erklärlich. Wir werden aber unentbehrlich weiter arbeiten an dem Ausbau unserer Organisation, und nicht eher ruhen, bis das wir den letzten Christum an-

Habinghorst. In unserer am 24. August stattgefundenen Versammlung referierte Kollege Bed-Dortmund über die Pflichten und Beziehungen der Gewerkschaften. In klaren deutlichen Wörtern wies der Röll-Zoll auf das Ziel und den Zweck der Agitation hin, und welches Interesse wir daran haben, bieselbe mirksam zu gestalten. Er erläuterte die Umstände, die uns jetzt zu besonders eifriger Tätigkeit verpflichten, und gab es die Erinnerung, mit allen uns zur Bekämpfung stehenden Kräften unter ausser Seer der Indifferenz zu geben und sie für unsere Stelle zu gewinnen. Kollege Kamm zeigte die hohen sozialen Ideale, die sich die Gewerkschaft selbst hat. Materielles Wohl bringt sittliches Wohl mit sich, ebenso wie ein für die materielle Hebung des Arbeiters sorgender Sozialist, wie dem Arbeiter damit die materiellen Mittel an

brauchen wir dieselben im Sinne des christlichen Gittengesetzes so kann solches nur zur weiteren Verhebung des Arbeiters dienen und auf diesem Fundamente stehen wir. Mit lebhafter Begeisterung folgten die Kollegen diesen Ausführungen, und werden dieselben für unsere Zahlstelle zweifellos von Nutzen setzen.

Kirche. — Nieder 400 Mitglieder zählt jetzt unsere Verwaltungsstelle, gewiß ein erfreulicher Erfolg. Der vorher hafte Vertragsabschluß im Laufe des Jahres hat den hiesigen Bauhandwerkern die Augen geöffnet. Zurzeit sind die Bauarbeiter daran, auch für sich eine tarifliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, das gleiche Bestreben ist bei den Bspfern vorhanden. Es ist leicht erklärlch, daß bei solchen Empörungen es schwere Mühe kostet, um auch die innere Entwicklung in den gleichen Bahnen zu halten. Da gibt es Widerstände zu bekämpfen und Erziehungsarbeit zu leisten, damit die Kollegen das Wesen der Organisation in richtiger Sinne erfassen. Sie können manches nicht begreifen, was ab sowohl für sie wie auch für die Organisation unerlässlich ist. Sonderne Schwierigkeiten bereitet uns noch das Baudelegierte wesen und die Bücherkontrolle auf den Baustellen. Von der Durchführung der letzteren hängt aber die Disziplin und Schaffertigkeit einer Organisation zum großen Teile ab. Eben finden auch die Extraabträge wenig Gegenliebe. Es kann gewiß nicht verlangt werden, daß so junge Gewerkschaftler die volle Würdigung einer solchen Maßregel begreifen sollen, wen aber die tüchtigsten Vertreter, und als solche werben wohl die Delegierten der Generalversammlung gelten müssen, solches beschließen, dann können sie vertrauensvoll folgen, denn es liegt ja nur in ihrem eigenen Interesse. Die Hebung des Arbeitstandes muß durch ihn selbst geschehen, und müssen daher auf Opfer gebracht werden. Was würde die deutsche Arbeiterschaft beobachten, wenn sie nicht im Laufe der Jahre die großen Opfer gebracht hätte? Sie würde nie die Stellung von heute enehmen, auch die Trierer Bauhandwerker würden nicht den Vorteil des jetzigen Tarifvertrages mit den bedeutend günstigeren Verhältnissen genießen. Da uns aber die Unternehmer ihrer Gesamtheit diese Erfolge stetzig machen, darum war es außerordentliches Opfer notwendig. Unsere Hauptaufgabe muß daher in Zukunft die Schulung der Kollegen sein, damit sie die Dinge in richtigem Sinne zu würdigen wissen. Auch die Pflege des Versammlungsbesuches sowie der Kollegialität untereinander ist hochwichtig. Zumal wir hier viele und mächtige Feinde haben. Da ist der Zusammenhalt notwendiger, denn jener schmutzige Kampf der Fachabteilungsmenschen ist allen bekannt. Schlimmer wird er dadurch, daß eine Menge von Geistlichen diesem Treiben nicht nur nicht entgegentreten, sondern sogar noch unterstützen. Das ist zu bedauern im Interesse der geistlichen Autorität und Würde. Solches muß ja der glaubensfeindlichen Sozialdemokratie direkt Wässer auf die Mühle liefern. Und verlangen wir Arbeiter, und gerade wir, die wir die Armen der Armen sind, die fast nichts anderes haben, als ihrer Arme Kraft, wir verlangen nicht mehr, als was man anderer Ständen anstandslos gewährt. Warum organisiert man die Unternehmer nicht in katholischen Unternehmerverbänden? — Daraus denkt kein Mensch; aber uns arme Arbeiter will man von den anderen aus sondern und uns damit knebeln. Wir nehmen jeden guten Rat von Seiten der Geistlichkeit an, aber die Verfechtung unserer Interessen soll man uns überlassen, uns, die wir ja unsere Hände zu Martie tragen müssen. Wir empfinden es als eine Freude, daß man uns anders behandelt, als die Unternehmer. Aber auch in welche Stellung kann der Geistliche kommen, wenn er sich in die direkten Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter stellt? Er ist Pfarrer von beiden, und bei keiner Seite will er anstoßen. Will er aber bei den Unternehmern nicht anstoßen, ja dann müssen die Arbeiter vor diesen flüchten. Der Pfarrer kann aber auch niemals diejenigen Fachkenntnisse besitzen, die zu einer erfolgreichen Vertretung notwendig sind. Die religiöse sittliche und soziale Schulung ist Sache der Arbeitervereine und dort soll der Geistliche herrschen. Und nun geht man dazu über unsere Mitglieder aus den Arbeitervereinen auszuschließen. Man könnte wirklich im Zweifel sein, ob jene Männer mit dieser Maßregel ihrer Verantwortung vor Gott bewußt sind. Welche Unsumme von Hass und Erbitterung muß hierdurch entstehen, und wer übernimmt die Verantwortung hierfür? Und was um einer Idee willen, die nicht nur den Bankrott in ihrem Stein schon trug, sondern ihn auch wirtschaftlich gemacht hat. Ein tausend Männerlein, die ein Duhend kaum überschreiten, hat man für die Fachabteilungsidee gewonnen, und darum all die Bank und Stahl. Man möchte lachen darüber, wenn es nicht tiefsorgig wäre. Und wo schreibt es die katholische Religion vor, daß es verboten sei, mit den Angehörigen anderer Konfessionen seine wirtschaftlichen Interessen gemeinsam zu vertreten? Niemals schreibt sic dies vor, und müssen die katholischen Arbeiter nicht auch mit Andersgläubigen gemeinsam in den Bauten, in den Fabriken usw. arbeiten? Freilich müssen ja das, aber trotzdem sollen sie nicht mit denselben in einer Gewerkschaft sein. Wir lehnen es ab, uns so mißbrauchen zu lassen und werden daher auch diesen Kampf, von dem wir so leicht noch kein Ende erwarten, mit Würde überstehen. Das die Sozialdemokraten hier besser sein sollten als anderwärts, ist wohl zu erwarten. Sie bekämpfen uns auch genau mit denselben Waffen wie anderwärts. Erfolg haben sie keinen damit. Der Staat der hiesigen Arbeiterschaft ist viel zu gesund, als daß sie der glaubensfeindlichen und revolutionären Sozialdemokratie nachlaufen sollte. Die Unehrlichkeit ihrer Agitationweise ist auch viel zu bekannt, sie verspricht viel und hält wenig. Unsere Kollegen wissen, wo ihre Interessen am besten gewahrt werden, und ihrem Glauben und ihrer Seele keine Gefahr droht, und das sind die christlichen Gewerkschaften. Arbeiten wir daher in der gleichen einträchtigen Weise zusammen, nehmen wir doch besonders der Bauhofsarbeiter an, und wir werden doch Erfolg zu Erfolg schreiten.

Wenn alles stürmet,
Wenn alles droht,
Wird et uns beschützen.
Der treue Gott.

Schnüningen, 31. August. Heute fand hier eine öffentliche Versammlung der Bauhandwerker und Bauhofsarbeiter statt. Beitragsleiter Kollege Lange sprach über die Ziele und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Er verstand es, den Anwesenden die Notwendigkeit des Zusammenschlusses auf christlicher interkonfessioneller Grundlage klarzulegen. In der Diskussion meinte ein Kollege, er sehe ein, daß die Organisation notwendig sei, er glaube jedoch, daß die Kollegen sofort entlassen würden, wenn sie sich organisierten. Dieser Kollege wurde sowohl von Kollege Lange, als auch von den örtlichen Kollegen selbst dahin belehrt, daß dieses unmöglich sei, wenn sich die Kollegen alle organisierten. Bilden könnten die Unternehmer über die Fabrik ja mal so etwas machen, sie würden schon feststellen, daß sie ihre Leute wieder verdamten. Kollege Lange wußte noch darauf hin, daß sich der Organisationsgedanke so ziemlich überall Bahn gebrochen hat. Nur am Mittelthier betroffen noch die Unaufgelläufigkeit. Er möchte dann betonen, daß jene die Unternehmer auf der rechten Scheitelstecke von Linz bis Berlin dem Neuwieder Arbeitgebertempel angegeschlossen hätten und alles zu einem Vertragsgedieb zusammenschließen wollten. Da die Arbeiter nicht organisiert sind, könnten sich die Unternehmer nicht entschließen, einen den Verhältnissen entsprechenden Bahn zu bemühen. Auf die Forderung, die die örtlich organisierten Arbeiter den in Neuwied und Umgegend in Betrieb kommenden Unternehmern zu stellen hätten, hätten die Unternehmer mit einem Gegenbrot geantwortet, der sich über

meisterei Engers und Vendorf, 2. Bezirk: Nieder- und Oberahl.,
Mengsbürf, Altvielb, Mchlsbach und Gegenbort, 3. Bezirk: Fahr,
Wollendorf, Gönnertdorf, Hällenberg und Rodenbach, 4. Bezirk:
Leutesbort, Hönningen, Höhenbrohl und Linz erstreden solle. Im
1. Bezirk sollte der Lohn für Maurer 42, für Hilfsarbeiter
34 Pf. betragen, in den übrigen Bezirken für Maurer 40 und
Hilfsarbeiter 30 Pf., im 4. Bezirk für Hilfsarbeiter 28 Pf. bei
10stündiger Arbeitszeit. Da jetzt der Lohn schon teilweise höher
ständet, und 11stündige Arbeitszeit, so würde das bei 10stündiger
Arbeitszeit eine Reduzierung des Tagesverdienstes von min-
destens 40 Pf. bedeuten. Die Mehrheit der Kollegen ließen sich
aufnehmen und konnte die Zahlstelle errichtet werden. Alle
versprachen energisch zu agitieren, damit auch der letzte bet. Or-
ganisation zugeschaut wird.

Linz a. d. R. Am Sonntag, den 1. Sept., fand hier eine
öffentliche Bauhandwerker- und Bauhilfsarbeiterversammlung
statt, welche verhältnismäßig gut besucht war. Kollege Lange aus
Köln legte in längerem Vortrage die Notwendigkeit und den
Nutzen der christlichen Organisation klar. Alle Anwesenden
waren durch seine Ausführungen überzeugt. Anschließend an das
Referat gab er bekannt, daß der ganze Bezirk, zu dem auch
Linz seitens der Unternehmer einbezogen worden wäre, in
Lohnbewegung stände. (Siehe unter Stubrik Hönningen.) —
Den Kollegen erschien es unglaublich, daß die Unternehmer ihnen
solches zu bieten wagten, und forderten zum Beitritt in die
Organisation auf. Mit einigen Ausnahmen traten alle der
Organisation bei. Es wurde der Vorstand gewählt, und ist
die Zahlstelle errichtet. Mehrere Kollegen erklärten, schon lange
hätten sie den Wunsch gehabt, eine Organisation zu schaffen, und
freuten sich, daß sie nun endlich so weit wären. Bezüglich
der Lohnbewegung wurde man sich dahin einig, die Angelegenheit
gemeinsam mit Neuwied zu regeln. Die meisten versorgten sich
mit Aufnahmescheinen, um auch ihre Kollegen an der Arbeitsstelle
zum Beitritt zu bewegen. Nach 2½stündiger Dauer wurde die
Versammlung geschlossen.

Hamburg. (Centralisten contra Volkslisten.) Eine öffentliche Bauarbeiterversammlung war nach dem „S. K.“ zu Donnerstag, den 29. August, nach dem Gewerkschaftshaus einberufen worden. Die Tagesordnung der sehr zahlreichen besuchten Versammlung lautete: „Zentrale oder lokale Gewerkschaftsorganisation, und welche ist die beste für die Bauarbeiter?“ Der Referent Roche (Bochum?) gab in seinen anderthalbstündigen Aussführungen zunächst ein Bild der Gewerkschaftsentwicklung in Deutschland und ühte dann an den Volksorganisationen eine äußerst abfällige Kritik. Nach Ansicht des Redners stehen im nächsten Frühjahr in Deutschland gewaltige Lohnkämpfe im Baugewerbe bevor, von denen der Kampf in Berlin nur ein Vorspiel war. Um dem vereinten Unternehmerthum zu begegnen, sei es notwendig, daß auch die Arbeiter sich geschlossen zu einer Organisation vereinigen und gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten. Der Redner erfuhr am Schluß die anwesenden Volkslisten, ihre Sonderorganisation aufzugeben und sich wieder den Centralverbänden anzuschließen. In der sehr lebhaften Debatte kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Volkslisten und Centralisten. Die Vertreter der Volkslisten wiesen die Angriffe des Referenten auf ihren Verein als unbegründet zurück und betonten, daß sie schon wiederholt bei Lohnkämpfen mit den Centralisten zusammengegangen seien. Nicht die Centralverbände allein könnten Lohnkämpfe führen. Gerade die letzten Kämpfe in Berlin seien durch das Eingreifen der maßgebenden Persönlichkeiten der Centralverbände und durch die Einmischung Bebels in rein wirtschaftliche Fragen verloren gegangen. Bei diesen Aussführungen erhob ein ohrenbetäubender Lärm und Rufe wie „Büchner“, „Herunter von der Tribüne“, erkönten aus der Mitte der Versammlung, so daß es der ganzen Energie des Vorsitzenden bedurfte, um die Stille wieder herzustellen und die Versammlung vor der Auflösung zu bewahren.

St. Johann-Saarbrücken. (Quartalsbericht.) Die Konjunktur war im Laufe des zweiten Quartals eine gute. In den drei Saarstädten ist dieselbe durch den Zimmererstreik etwas beeinträchtigt worden. In St. Ingbert, Böllingen und verschiedenen kleineren Orten muß dieselbe als sehr gut bezeichnet werden. In der Steinhauerrei war bisher eine ziemlich starke Flauie zu verzeichnen. Dieses ist auf die billige Steinlieferung der Landorte und auf die Verwendung von Zement-, Stich- und Kunsteine zurückzuführen. Diese Flauie machte sich auch in der Agitation bemerkbar; bei den Steinarbeitern ist eine bedeutende Zunahme nicht zu verzeichnen. Gelungen ist es uns, in einigen Landorten erfolgreich einzusehen, hoffentlich lassen es sich jene Kollegen angelegen sein, das Begonnene weiter auszubauen. Sollen für die Steinarbeiter im Saargebiet andere Verhältnisse geschaffen werden, dann muß zuerst die Umgebung gesichert werden. Die bedeutendsten Fortschritte in der Agitation sind bei den Maurern zu verzeichnen. In letzter Zeit hat man die Wahrnehmung machen können, daß bei manchen Kollegen der Eifer in der Kleinagitation etwas nachgelassen hat. Dieses darf nicht so bleiben. In allen Orten, besonders aber in den Saarstädten sind noch viele unorganisierte Kollegen zu gewinnen. Die Mehrzahl der Hilfsarbeiter ist noch indifferent, auch in den verschiedenen anderen Berufen ist noch ein großes Agitationsfeld; möge es sich jeder Kollege angelegen sein lassen, in der Agitation seinen Mann zu stecken. Die Mitgliederzahl in der Verwaltungsstelle St. Johann-Saarbrücken ist von 245 auf 461 im zweiten Quartal gestiegen. Die Kassensverhältnisse gestalteten sich wie folgt: Die Einnahmen an Eintritts-, Wochen- und Ertrabbeiträgen betrugen 2354,95 Mr., hierzu kamen 1600 Mark Buschübung aus der Zentralkasse als Streikunterstützung, so daß die Gesamteinnahmen 3954,85 Mr. betrugen. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus 708,35 Mr. als Anteil der Lokalkasse (Lokatzuschlag, Ertrazuschlag und Prozente). 1993,44 Mr. wurden verausgabt für Streik in St. Ingbert und Gitschbach; für Rechtshilf und Krankenunterstützung 14,68 Mr., insgesamt 2996,47 Mark, so daß noch 953,48 Mr. an die Zentrale eingeflossen wurden. Die Einnahme der Lokalkasse betrug einschließlich 129,85 MR. Kassenbestand 837,70 Mr. Die Ausgaben verteilten sich auf folgende Posten: Haushaltung 133,12 Mr., Porto und Schreibmaterial 49,94 Mr., Drucksachen 34,20 Mr., Arbeitsversäumung 36 Mr., Beitragszuschlag 212,67 Mr., Unterstützung für Notfälle 40 Mr., Agitation 26 Mr., Kartellbeiträge 60 Mr., Bureauanteil 100 Mr. Alles in allem muß die Entwicklung in jeder Hinsicht als gute bezeichnet werden. Was die Beitragszahlung betrifft, kann im allgemeinen nicht geplagt werden. Bei Zahlung der Ertrabbeiträge dürfte es in manchen Zahlstellen bedeutend besser sein. Gerade in diesen Punkten machen die Rothringener Kollegen eine rühmliche Ausnahme, sie stehen im pünktlichsten Bezahlung an der Spitze. Möge jeder Verbandskollege darauf achten, daß überall die Beiträge pünktlich bezahlt werden. Eine ständige Klage der Haushälterer ist es, daß viele Kollegen drei und viermal besucht werden müssen, bis sie endlich ihren Wochenbeitrag zahlen. Dieses ist eine Rückichtlosigkeit sondern gleiches. Die Haushälterer haben sowieso schon einen schwierigen und verantwortungsvollen Posten, mögen ihnen die Kollegen doch die Ausübung ihres Amtes nicht unnötig erschweren. Die Haushälterer mögen in Zukunft die ständigen Summler stützen und deren Adressen dem Vorstand übermitteln, damit dieser für Abhilfe sorgen kann. Der Betriebsmitteilungsbericht ist in den östlichen Orten gut, dagegen in den drei Saarstädtten sehr lückig. Eine ganze Anzahl Kollegen sind vorhanden, die diesen Sommer noch nicht oder nur ein- oder zweimal in der Betriebs-

zusammenzusuchen, oder ob sie der Meinung sind, sie hätten genug gelernt, soll dahingestellt bleiben, hoffen wollen wir, daß es anders wird, besonders diesen Herbst, wo in den Versammlungen Vorträge über die einzelnen Arbeiter-Versicherungs- und Arbeiterkampfgesetze gehalten werden. Die Verhältnisse zwischen beiden Richtungen haben sich im Laufe der Zeit geändert, auf vielen Seiten ist es fast freundschaftlich. Das ist überall dort, wo ehrliche tüchtige Kollegen von beiden Seiten zusammenarbeiten. Hoffentlich werden diese Ausnahmen zur Regel. Mit einigen Gelöbnissen wird man auch in Zukunft noch zu rechnen haben. Sollten sich auch in Zukunft Differenzen herausbilden, so wäre es sehr zu wünschen, wenn diese in Betriebs-Versammlungen genau untersucht und besiegelt würden, anstatt solche Vorwürfe in der Öffentlichkeit auszubauen, wie dieses schon verschiedentlich von den Gegnern geschehen ist. (Beispiel: Terrorismus in Burbach und St. Ingbert.) Zum Schluß stellt sich dann heraus, daß stark übertrieben, oder gar nicht viel Wahrheit an der Sache ist. Solche Vorwürfe tragen aber nur allzu sehr dazu bei, daß Hass und Erbitterung unter den Arbeitern beider Parteien wächst. Wir werden nun wie vor gegen jeglichen Terrorismus Stellung nehmen, aber auch nicht unterschlagen, solchen Mogeln, die außerhalb der Bauarbeiterchaft stehen, kräftig auf die Finger zu klopfen. Was die Agitation betrifft, so müssen wir leider feststellen, daß unsere Gegner von der linken Seite manchmal mit recht schändlichen Mitteln operieren, so heucheln sie besonders auf dem Lande die Neutralität. Wie uns mitgeteilt wurde, soll ein Vertreter des roten Maurer-Verbandes vor kurzer Zeit in einer Versammlung in Bingen folgendes gesagt haben: Er (der Genosse) hätte in Lothringen zuerst mit der Agitation eingelebt, es wäre ihm aber so schlecht gebaut worden; das wäre darauf zurückzuführen, daß man ihn verachtigt hätte, er habe keine Religion. Dem Bredel fehlt man nicht ins Herz aber ich (indem er auf die Brust schlägt) bin durch und durch „religiös“. Die christlichen Kollegen mögen sich beim Abheben erkundigen, wo meine Kinder in die Schule gehen, ob sie nicht katholisch erzogen sind. Dabei betonte dieser Genosse ein Ehrenamt innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Für mich ein Gebot, steht einem die richtige Bezeichnung. Zu solchen Heucheleien und persönlichen beleidigungen können wir auch beim besten Willen nicht schweigen. Auf diese Weise wird von einigen fanatischen Genossen die Streitfahrt unter die Kollegen geworfen. Zum Schluß richten wir an die Kollegen die Bitte, die hier angeführten Mängel beseitigen zu helfen, damit unsere Verwaltungsstelle auch in Zukunft in der Entwicklung so weiter schreite, wie dieses im zweiten Quartal der Fall war.

Mainz. (Sozialdemokratischer Terrorismus.) Was die roten „Borkämpfer“ für „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ an Terrorismus und Gemeinheit sich den christlichen Arbeitern gegenüber leisten, ist fast unglaublich, aber wahrscheinlich. Bürgerliche Blätter über Terrorismusfälle berichteten, bestritt die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse dieses fast immer und sprach von christlichem Schwund.

Heute sind wir in der Lage, einen Brief zu veröffentlichen, in dem Bauunternehmer Hohmann in Gonzenheim aufgerufen wird, den christlich-organisierten Maurer Peter Roos, Vater von drei Kindern, zu entlassen, wenn derselbe sich keine Unannehmlichkeiten machen will.

Der Brief lautet:

Gonzenheim, d. 13. August 1907.

Wertester Herr Hohmann!

Im Anbericht des Maurers Peter Roos hat der Vorstand mit einer Kommission beschlossen, Ihnen so schnell als möglich, von der Sache zu unterrichten. Indem er schon mehrmals schriftlich und mundlich ermahnt wurde, sich unserem Verbande anzuschließen, weil Organisiert Kollege durch den Maurer Roos, in Mißkredit kommen, sind wir gezwungen die nötige Schritte zu thun, um unsere Kollegen zu rächen. Wertester Herr Hohmann glauben Sie nicht daß Sie die Leistung die Sie früher als Vorstehende in unserer Baustelle gethan haben, vergessen haben. Bei uns stehen Sie immer noch im Ruhenden, darum hoffen wir, daß Sie, welche die Gewalt gegen den Maurer Peter Roos in den Händen haben uns heute, um Ihnen einen weiteren Mißkredit zu eriparen, unterstehen. Stellen Sie ihn die Sache vor und lassen Sie sich von ihm bitten 1 Tag erklären ob er in den Verband beitreten will oder nicht. Wenn nicht dann wissen Sie als früher guter organisierter Kollege was Sie zu thun haben, um Ihnen Unangelegenheiten zu sparen, darum bitten wir Ihnen 3 Tage eine Zuschrift von Ihnen, damit wir wissen 1. was er sich erklärt und 2. was Sie für eine Stellungnahme dagegen haben. Darum Herr Hohmann, machen Sie sich keine unnötige Unangelegenheiten, und über Sie ihr Recht aus.

J. A.
des Vorstandes und des Kommission
Franz Joseph Reichenbach
Schriftführer.

Vorstehendes gelesen und beglaubigt

(Stempel)
Gonzenheim
A. d. R.
Bewilligt.

Roos wurde erst entlassen, als am Dienstag, den 27. August, nachmittags, die sozialdemokratisch organisierten Maurer die Arbeit niedergelegt. Roos ist somit der „Fach“ (wie es so schön in diesem Schreiben heißt) zum Opfer gefallen, und warum diese Rache? Nur weil Roos sich erlaubte, Mitglied des christlichen Bauhandwerkerverbundes zu sein. Weitere Argumente anzuführen ist nicht nötig. Die Sache wird für sich. Aber das eine wollen wir noch sagen: unten sämmtliche mitfühlend geäußerten Arbeitern christlich organisiert, so kommt diese Sache nicht vor. Dazu kommen, bei denen sogar Familienväter brotlos gemacht werden. Sie oft auch über auch die Beobachtung gemacht werden, daß Arbeiter und Gejelle Anglieder der konfessionellen Arbeiter und Betriebsvereine sind, zu gleicher Zeit aber auch den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören. Darum sollte es heißen: christliche Arbeiter, herein in die christlichen Gewerkschaften und partii die Reihen einer kämpfenden Brüder.

Sollungen. Durch Anregung einiger organisierter Bauhandwerker ist es uns gelungen, hier in der Industriestadt Sollungen eine Zentrale der unparteiischen Bauhandwerker ins Leben zu rufen, und so konnten wir nach einigen vorhergehenden Beschlüssen am 20. August die erste Mitgliederversammlung abhalten, in der die Vorstandswahl nebst Vortrag des Kollegen Schmitt auf der Tagesordnung stand. Zum Punkt 1 stand Kollege Schmitt das Wort, der sich als Thema „Die Lage der Arbeiterschaft“ gehörig hörte. Redner führte zuerst seine Argumente vor, dann vor Augen. Später räumten die Vorstehenden einander mit geistige und diplomatische Worte aus. Da zweiten Raume wies er ganz ehrlich und ohne Rücksicht auf Meinung es ab, daß die Kollegen nicht mehr anstreben sollten, um daß die Zeit zu verhindern, daß sie zu Ende ginge. Dieses kommt für mir erringen, wenn sie die Arbeiterschaft anstreben, die sich zur Kritik gestellt hat. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob die Arbeiterschaften zu Sollungen und zu anderen die Arbeiterschaft zu verhindern. Denn ich kann Ihnen nicht sagen, ob in einer Stadt, wo in die Gewerkschaften nicht viele kommen und wenige Menschen zusammenkommen, es nicht vorkommen kann, daß die Arbeiterschaften nicht mehr anstreben sollten, um daß die Zeit zu verhindern, daß sie zu Ende ginge.

sonders die Gründe, warum die Generalversammlung Extrabeiträge zu erheben beschlossen hat. Wir haben vor allen Dingen mit der Zukunft zu rechnen. Zwei Gegner müssen wir uns vor Augen führen, die darauf ausgehen uns durch einen großen Kampf von der Bildfläche verschwinden zu lassen. — Welcher Kampf lohnte den Rebner. Zu Punkt 2 der Tagesordnung ging als erster Vorstehender Kollege Ludwig Beaumont der zugleich auch den Kassierposten übernahm, hervor; als zweiter Vorstehender wurde Christian Schneiders, als erster Schriftführer Joseph Schmitt und als zweiter Villenberger gewählt. Kollege Schmitt legte zum Schluß den neuverwählten Vorstandsmitgliedern ihre Pflichten ans Herz, die sie der Organisation und den Kollegen gegenüber zu erfüllen haben, worauf die Versammlung geschlossen wurde. Lebter sollte die Freude nicht lange dauern, denn im Saargebiet wacht alles, was gegen die Organisation ist, so auch die hochwohlblütige Polizei von Bitburg. Ein Watsel ist's uns allen, wie gleich darauf schon die Namen der Vorstandsmitglieder auf dem Hauptbüro des Mödlingschen Eisenwerks prangen konnten. Man hatte auch nichts eiligeres zu tun, als eine Haussuchung nach den bösen Menschen zu veranstalten und zugleich einen Brief an die Firma Kiefer nach Duisburg zu senden, daß man so etwas auf dem Werk nicht dulde. Denn hier auf dem Werke befindet sich auch ein Zusammenschluß von Arbeitern, aber welcher! (Die Gesellen, die hier von der Firma jährlich 20 Mark, einige Schinkenbrötchen und ein paar Glas Bier erhalten, also einen „Teil“ der Dividende!) Warum könnten auch die Maurer dieses nicht tun? Die Firma Kiefer wurde weiter in dem Brief aufgefordert, die Kollegen zu entlassen. Der Postler ließ nun auch sofort den Kollegen zu sich rufen und erklärte ihm, daß er sein Amt meistereien sollte, worauf ihm nun der Kollege frei und offen erklärte, daß er dieses niemals tun werde. Sämtliche Kollegen waren der Ansicht, wenn die Maßregelung stattfinden sollte, Solidarität zu üben. Was nun die Zukunft bringt, müssen wir abwarten, aber jedenfalls finden uns die Herren gerichtet. Zum Schluß rufen wir allen Kollegen des Saarreviers zu: Hinsetzt in die Organisation, werkt ab das Joch der Knechtschaft, zeigt den Schafsmachern, daß ihr freie deutsche Männer seid, daß ihr euer Koalitionsrecht nicht verkauft für 20 Mark, sondern eintretet für Freiheit und Gleichberechtigung zur Wohle eurer Familie, zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft.

Driburg. Endlich ist es auch hier gelungen eine Zahlstelle unseres Verbandes zu entrichten. Am 3. September fand eine öffentliche Versammlung statt. Bezirksleiter Kollege Werner aus Paderborn war erschienen. Derselbe sprach über den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und über die Kämpfe der Arbeiter um Besserstellung ihrer Lebenslage. Redner verstand es, die Anwesenden zu begeistern, und lohnte reicher Beifall seine Aufführungen. Nunmehr wurden die Ausnahmen vollzogen. 13 Kollegen ließen sich sofort aufnehmen, 2 Kollegen waren schon organisiert, so daß die neu gegründete Zahlstelle 15 Mitglieder zählt. Nunmehr wurde zur Konstituierung des Vorstandes geschritten. Als Vorstehender wurde einstimmig Kollege Kohlrad Ewald, Langestraße 3, gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Adolf Brodmann und als Schriftführer Kollege Anton Klahold gewählt. Als Revisor fungierten Kolle. Franz Brodmann und Franz Klahold. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und vertraten, alles zu tun, was zur Erhöhung der Zahlstelle förderlich sei. Koll. Werner ermahnte die Kollegen, nunmehr festzustehen, damit die neue Zahlstelle sich entwickle. Die Verhältnisse seien die besten schlechtesten, 11 Stunden Arbeitslohn und 340 M. Lohn für Maurer sei geradezu mindestenswidrig. Den Bauhofsarbeiter geht es aber noch bedeutend schlechter. Darum sorge ein jeder für den weiteren Ausbau der Organisation, damit auch der lezte Geselle und Hofsarbeiter unserer Organisation angeschlossen ist. Darum auch uns Kollegen schließt die Reihen, damit auch in dem schönen Siedlungsgebiete Driburg die Bauhandwerker und Bauhofsarbeiter besserer Verhältnissen entgegen gehen. Nur Einigkeit macht stark und führt zum Ziel. Kollegen von Driburg und Umgegend! An euch liegt es, daß die Verhältnisse hier besser werden. Darum Ziel erkannt, Kräfte angespannt.

Moers, 1. September. Gestern abend hielten wir unsere regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der zweite Vorstehende, Kollege Baier, eröffnete dieselbe in Wissenschaft des ersten, welcher vertreit war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht über die Vorstands- und Baudelegiertenstiftung, 2. Vortrag des Kollegen Schneider. Kollege Baier erstattete zunächst Bericht zu Punkt 1 und kritisierte vor allem, daß die Sitzung vielleicht befürchtet gewesen sei, auch von Vorstandsmitgliedern. Kol. Schneider rügte ebenfalls, daß die Kollegen so schlecht ihre Amt vertraten, zumal einige Vorstandsmitglieder; auch die Betriebsleute täten nicht voll ihre Pflicht, deshalb kämen auch immer Beschwerden. Hier muß Stetigkeit geschaffen werden, damit diese Klagen verstummen und einheitliche Arbeit geleistet werden kann. Auch die Baudelegierten müssen mehr wie bisher ihre Pflicht tun, damit in Punkt 2 Bauarbeiterkampf die vielen Missstände aus der Welt geschafft werden können, und das Leben der Kollegen nicht so leichtfertig aus Spiel gesetzt wird. Die traurigen Zeichen in Siedlungsgebieten, wonach Kollegen im blühendsten Lebensalter aus der Familie gerissen werden, muß uns veranlassen, bestehende Missstände abzuschaffen. Redner ging jedoch auf die Auspettern ein und wies besonders auf Berlin und Sachsen hin. In Sachsen, wo unsere Kollegen 17 Wochen hart gekämpft haben, wollen jetzt die „Genossen“ dem christlichen Verbande Vorwürfe machen. Redner kritisierte jedoch ein jüngeres Verhalten der „Genossen“ und klärte die Kollegen über den abgeschlossenen Tarif und die Verhandlungen auf; daß bei solch schweren Opfern, wie sie die Sachsen-Kollegen gebracht haben, die Genossen nichts zu maulen hätten, sei klar. Aus den schweren Opfern, die in diesem Jahre gebracht werden müssten, ist die Lehre zu ziehen, daß unsere Kollegen sich opferwilliger als bisher zeigen müssen; denn Kämpfe verlangen Geld, deshalb dürfen sich auch die Kollegen nicht weniger die Extramarken zu leisten. Besonders müsse hier von den Baudelegierten eingesetzt werden; die Schlampere vom Kopfe herunter und sich als Mann gezeigt, dann kann es um unsern Geschäft nicht schlecht stehen. Lebhafte Beifall wurde dem Redner gezollt. Nachdem in der Diskussion sich niemand zum Worte melde, rebete Kollege Karl Oberhausen zu den italienischen Kollegen, mehrere derjenigen sieben sich aufzunehmen. Kollege Baier brachte jedoch den Bunsch vor, die nächste Bauausstellung in der Kolonie des Bildes abzuhalten, dem wurde zugesimmt. Kollege von Reit brachte eine Neuordnung eines eisernen Gehäuses vor, wodurch lebhafter unsere Kollegen abzuspielen gedachte. Kollege Schneider geißelte scharf in seinem Schlußwort das Verhalten dieser „Genossen“, dieselben geben eben heute mit allen Mitteln hanfieren. Aber dadurch lassen wir uns nicht von den Genossen trennen. Die Preise ehrig und die Versammlungen stets befürchtet, dann werden wir ihnen jedoch keine Antwort geben. Mit der Aussöhnung reicht ehrig ja agieren, damit wir den letzten Indifferenzen der christlichen Gewerkschaft aufzuheben schick berichte seine Ausführungen. Mit einem donnernden Ton an die christliche Gewerkschaft wurde die am verhindernde Versammlung geschlossen.

Siegenberg. Am Sonntag, den 1. September, hielt unsere Zahlstelle ihre zweite öffentliche Versammlung ab. Dieselbe war möglich, because ein großer Teil der am letzten Freitag arbeitenden Kollegen half es weiter und nicht für nötig, für den Tag aufzuhören. Sollten natürlich von Duisburg der eröffneten werden, jedoch über die gegenwärtige Lage im Bergbaubereich und die uns im Jahr 1908 bevorstehenden Räume. Redner wies er auf die frische Kommission in unserem Beirat hin, und daß dieser auf die

wenig auch an einzelnen Orten, wo zu auch Siegenberg gehört, heute eine solche Bautätigkeit herrscht, und durch die Unternehmungen einiger Großindustrieller sich auch anhaltend gestaltet. Durch die eingetretene Krise kann die Wahrnehmung machen, daß ein großer Teil der Betriebskollegen auf der Straße steigt und ohne Arbeit sei; hier kann man so recht sehen, wie notwendig es sei, die Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Weiter führt er uns die vielen Schwierigkeiten der überlangen Arbeitszeit vor Augen, und wie an der Hand von Tatfachen nach, daß die herabgeleitete Arbeitszeit uns nicht zu unterschätzende Vorteile gebracht habe. Alsbald ging Redner auf die diesjährige Kampfe über und sprach ganz besonders den Berliner Kampf und die Kampfweise der roten Organisationen, daß die viele Ullschutter auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäftigt habe. Weiter führte er uns den Kampf von Kielar und Kreisel vor Augen, wie auf das brutale Vorgehen der Arbeitgeber hin, und daß wie im nächsten Jahr nichts besseres zu erwarten hätten. Im Jahre 1908 sollte gerade gegen uns der Wettbewerb stark werden, um uns die Errungen zu entziehen, die wir von Erfolg zu Erfolg geschritten waren, an unseren weiteren Vorwärtsstreben zu hemmen, oder das Errungen wieder abzunehmen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, den beschlossenen Extraarbeitstag voll und ganz bis zum Schluß des dritten Quartals zu zahlen, damit sie nicht von unseren Gegnern an der finanziellen Opferwilligkeit übertragen würden. Auch in der Agitation sollten die Kollegen weiterfahren, damit auch der letzte Bauhandwerker und Baufissenschaftler auf jener Seite die Bewegungen und das Unsehen der Organisationen nicht gefürchtet, sondern geschäft

Bahnhofe keinen anderen Stoff, den sie ihren Mitgliedern vorleben können, und deshalb müssen die Christlichen herhalten. Wie steht es nun mit dem Strafverfahren, um den es sich diesmal handelt, bei dem Unternehmer Latt, Neubau Husen, Bahnhofstraße? Auf dieser Baustelle arbeiteten elf christlich und acht im sozialdemokratischen Verband organisierte Maurer; die Bauhilfsarbeiter waren sämtlich im roten Verband. Eines Tages wurde nun ein sozialdemokratischer Maurer, weil er nach Angabe des Polters nicht genügend leisten konnte, entlassen. Dieses verunreinigte die roten Maurer und Bauhilfsarbeiter, sämtlich die Arbeit niedergelassen; selbstverständlich hatten unsere Kollegen nicht die geringste Absicht, mit den roten Freiheitskämpfern in das selbe Horn zu blasen. Da von unserem Verband, wie schon erwähnt, elf Kollegen auf dem Bau beschäftigt waren, so war es unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, so rasch wie möglich den Bau mit christlichorganisierten Bauhilfsarbeitern zu besetzen, sollten nicht auch unsere Maurer aus dem Straßenspazier liegen. Wir wären bis reinknöpfen gewesen, wenn wir in diesem Falle anders gehandelt hätten, und so etwas nennen diese wahren Arbeitervertreter. Strafverfahren? Wer ist es denn überhaupt, der die Löhe der Bauarbeiter brüder? Kein anderer als der rote Bauhilfsarbeiterverband, denn, trotzdem man fortwährend über die Alltäglichkeit schimpft, sind es gerade die Ge nossen, welche liberal, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, Alltäglichkeit auf den Bauten verrichten, wodurch viele Kollegen arbeitslos werden, zumal bei der heutigen Konjunktur. Wieviel Fälle könnte man anführen, wo sozialdemokratische Bauhilfsarbeiter die Alltäglichkeit geradezu übermäßig betrieben haben. So sind uns Fälle bekannt, wo die Ge nossen nach Feierabend noch auf alibere Baustellen gegangen sind, um hier in Aßlora den Strich (Wohndrag) herauszuschlagen, während andere Arbeiter auf der Straße lagen und keine Beschäftigung finden konnten. Sind doch Arbeiter auf unser Verbandsbüro gekommen mit der Klage, sie hätten fortwährend keine Arbeit, weil die Mitglieder vom sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverband ständig in Aßlora arbeiten, und dieser habe wollten sie in unserem Verband, wo keine Alltäglichkeit gebuhlt wird. Wer treibt nun angesichts solcher Verhältnisse Arbeiterverrat, die Christlichen oder die Sozialdemokraten? Wer ist es denn überhaupt gewesen, der die Löhe der Bauarbeiter seit Jahren fast geregelt hat? Wenn ist es zu verbauen, daß für dieses Jahr für Kalk- und Ziegelträger 48 Pf. und für nächstes Jahr 45 Pf. tariflich festgelegt sind? Antwort: Nur ganz allein dem bekannten Vorsitzenden der Deputation des christlichen Bauhilfsarbeiterverbandes, und die Zeit wird lehren, daß die so verhasste christliche Organisation noch mehr für die Bauarbeiter schafft. Über befürchtungswerte werden die roten Führer aus in Zukunft an der christlichen Organisation kein gutes Haar lassen. Wir werden nachgerade an solche Schilderungen, die ja in der Tätigkeit der Ge nossen liegen, gewöhnt, zeigt es uns doch, daß wir vorwärtsdringen; solange eben gelehrt wird, hält man die Arbeiter am Gang, und im Heben lassen sich die Ge nossen bekanntlich nicht gern übertrumpfen. Unsern Mitgliedern aber rufen wir zu: Kollegen, seid auf der Hut und stärkt unsere Organisation, dann wird dem sozialdemokratischen Machtkünster ein Ende bereitet werden zum Segen der gesamten Bauarbeiterchaft!

Steinarbeiter.

Wichbold (Westerswald). In der Woche vom 26. bis zum 30. August fanden in unserem Bezirk Betriebsversammlungen statt. Zu denselben war soll Verhant aus Frankfurt erschienen. In diesen Versammlungen galt es, die unorganisierten Kollegen zu gewinnen, was auch meistens der Fall war. Von sechs Steinbrüchen, welche der Kollege besuchte, war ein einziger dabei, welcher sozusagen den gesetzlichen Arbeiter entprach. In zwei Brüchen müssen die Kollegen öfter unfehlbar feiern, in dem einen wegen zu vielem Wasser, in dem anderen wieder auf dem Maschinenbetrieb. Wurden die Kollegen sich selbst erlauben, zu feiern, wollten wir einmal die Herren Arbeitgeber hören. So sind es aber Betriebsstörungen, dagegen man, wie man sagt, nichts machen kann. Ein Betrieb, der sogenannte Steinerberg, scheint überhaupt ein Muster von Steinbruch zu sein. Dort sind seit dem 4. Juli vorigen Jahres drei Unglücksfälle vorgekommen. Es scheint, als wenn dort nicht sofort nach Menschenleben gefragt würde. Es könnte nichts schaden, wenn die Gewerbeinktion sich besser dieser Betriebe annehmen würde. Soll diesen Zuständen ein Ende gemacht werden, so darf kein Steinarbeiter zurückziehen. Es kann uns darum nicht einerlei sein, ob nur die Hälfte der Kollegen organisiert ist. Soll etwas für uns Steinarbeiter geschehen, dann müssen wir alle dem Frist. Bauhandwerkerverbande beitreten. Erst kann es die Gedung unseres Steinarbeiterstandes möglich.

Zur Geschichte des Zements.

II.

Machbruch verboten.

Trotz der Schwierigkeiten, die sich der deutschen Zementfabrikation entgegen stellten, nahm dieselbe über einen ziemlich raschen Aufschwung. Es entstanden bereits 1854 die Zementfabrik Oberfossel bei Bonn, 1855 die Düsseldorfische Fabrik in Leibnitz auf der Insel Wollin, 1857 Grundmann in Oppeln, 1859 Dyndenhoff in Umnönenburg bei Bielefeld, 1860 Gebr. Henn in Minden, 1862 Lopfer-Grawitz in Finckenwalde bei Stettin, 1864 Gebr. Leube, Gartenaue bei Salzburg, 1866 Hagenah in Hamburg und viele andere, so daß sich bereits 1877 in Deutschland 29 Fabriken mit einer Jahresproduktion von 2 400 000 Fas vorhanden.

Die Fabrikations-Einrichtungen und das Ausbereitungsv erfahren erfuhren und erfahren noch fortgelebt Verbesserungen. An die Stelle der Handarbeit traten die Maschinen, die heute das Schlimmen der Rohmaterialien, Mischen, Schneiden, das Brechen der Steine usw. verrichten, und auch die Dosen und Mahlanlagen sind heute nach menschlichem Ermessens vollkommen zu nennen.

Der deutsche Zement eroberte sich somit in verhältnismäßig kurzer Zeit nicht nur das ganze deutsche Absatzgebiet, sondern machte auch im Auslande seinen Anspruch auf Verstärkung mit Erfolg geltend.

Diese Stellung auf dem Weltmarkt ließ es wünschenswert erscheinen, gewisse Normen für die Beurteilung des Zements hinsichtlich seiner Machbarkeit und Festigkeit aufzufstellen, und nach dem sich bereits 1877 ein Verein der deutschen Zementfabriken gegründet hatte — ein Verdienst der Arbeit des in der Zementindustrie —

Aus andern Verbänden.

Der Verband christlicher Schuh- und Leberarbeiter

hielt vom 18. bis 20. August in Wernersdorf (Hessen-Pfalz) seinen vierten Verbandstag ab. Besucht war verschiedene einschließlich des Centralvorstandes von 22 Delegierten. Daut des gebrückt vorliegenden Geschäftsberichtes, der sich auf die letzten beiden Jahre erstreckt, und wie 1907 abschließt, stieg die Mitgliederzahl von 2200 auf etwa 4100, davon etwa 450 weibliche Mitglieder. Zusammengestellt sind in der Berichtszeit 6340 Aufnahmen und 801 Übertritte aus anderen Verbänden erfolgt. Die Gemeinschaften betrugen 84 000 Mark, die Ausgaben 71 000 Mark, das derzeitige Vermögen des Verbandes 28 000 Mark. In Lohnbewegungen war der Verband in 62 Fällen mit 1850 Mitgliedern beteiligt, davon wurden 23 allein geführt. Zum Streit kam es bei 15 Bewegungen. Kartellverträge wurden 20 abgeschlossen. Die durch sämtliche Bewegungen erzielten Verbesserungen betragen pro Jahr etwa 100 000 Mark mehr an Lohn und etwa 130 000 Stunden weniger Arbeitszeit. Das Verbandsorgan, die „Deutsche Leberarbeiterzeitung“, erscheint in einer Auflage von 5000. Der Bericht und die Tätigkeit des Centralvorstandes wurde gutgeheissen. Bei der Statutenberatung wurde die Einführung von Staffelbelägen beschlossen; dafelben schwanken von 20 Pf. für weibliche Mitglieder bis zu 55 Pf. für männliche Mitglieder pro Woche. Die einzelnen Unterstüzungsbarten wurden wesentlich ausgebaut. In der Frage der ausländischen Bruderverbindungen, welche bestehen in der Schweiz, Österreich und Holland, wurde der Centralvorstand beauftragt, in nähere Beziehungen mit denselben zu treten und evtl. Kartellverträge mit denselben abzuschließen. Allgemein wurde seitens der Delegierten die Notwendigkeit besserer internationaler Beziehungen betont. Im Punkt Beamterbeschaffung wurde die Verbandsleitung beauftragt, sofort bei Erscheinung der bereits zugesagten Regierungsvorlage sich mit dem Gesamtverband in Verbindung zu setzen und Stellung hierzu zu nehmen. Die weiteren Beratungen betraten hauptsächlich Gegenstände organisatorischer und agitatorischer Art. Als Vorsitzender des Verbandes wurde Kollege Peter, als Redakteur Kollege Niedner wieder gewählt: als Eiz des Verbandsausschusses wurde Köln bestimmt. Seitens des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften nahm Reichstagabgeordneter Weiberberg, Vorsitzender des christlichen Bauarbeiterverbandes, an den Verhandlungen teil.

Der 4. Internationale christliche Tegularbeiter-Kongress

tagte vom 12.—14. August in Zürich. Auf derselben waren vertreten:

Delegierte	Ortsgruppen	Mitglieder
Deutschland	10	258
Österreich	2	90
Belgien	5	84
Holland	2	22
Schweiz	4	80
Italien	2	10 000

Die Verhandlungen bewegten sich in Berichterstattung über die Lage der Organisationen in den einzelnen vertretenen Ländern, über Gewerkschaftskarte und Beamte, sowie die Einigungsmethoden in der englischen Textilindustrie. Es wurde die Notwendigkeit betont, das internationale Bureau, welches noch im Nebenamt veraltet wird, in ein Hauptamt umzuwandeln. Geschlossen wurde, eine Geschichte des früheren und heutigen Kongresses in den verschiedenen Sprachen erscheinen zu lassen. Die Verhandlungen wurden in deutscher, holländischer, französischer und englischer Sprache geführt.

Der internationale Kongress der sozialdemokratischen Maurer und Bauhilfsarbeiter

ging dem Sozialistenkongress gleichen Namens voraus. Vertreten waren Deutschland durch 18 Delegierte (Maurer 14 und Bauhilfsarbeiter 4), Österreich 8 (Maurer 2, Bauhilfsarbeiter 1), Ungarn 2, Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Russisch-Polen und die Union Nr. 11 in New York durch je einen Delegierten. Die 88 Delegierten vertraten insgesamt 428 035 Mitglieder (I. Quartal 1907), wovon in 6 Maurerveränden 229 566, in 2 Bauhilfsarbeiterverbänden 99 000 und die übrigen in 7 Bauarbeiterverbänden organisiert sind. Insgeamt waren 18 Länder mit 16 Organisationen vertreten. England war bezüglich anderweitig nicht vertreten; nicht angekündigt wurde der niederländische Maurerstand, da er angeblich in anarchistischem Fahrwasser segelt.

Neben einer umfangreichen Berichterstattung über den Stand der einzelnen Verbände in den verschiedenen Ländern wurde ein internationaler Kartellvertrag abgeschlossen, welcher die Übertrittsbedingungen von einem Land zum andern regelt, sowie die Unterbindung des Herausziehens von Streitbrechern fördert. Ferner soll

eine einheitliche Legitimation, d. h. Mitgliedsbuch zur Einführung gelangen. Die Errichtung eines Internationalen Secretariats wurde angenommen, als dessen Secretär Bömelburg bestellt wurde.

Gerichtliches.

Ist man verpflichtet, in Versammlungen den überwachenden Beamten Sitzplätze zu besorgen?

Diese Frage war kürzlich Gegenstand einer Gerichtsverhandlung in Aßlora. Wie entnehmen darüber dem „Vorwärts“ folgendes:

„Der Gewerkschaftsbeamte Dahnsch war von der Strafkammer zu Aßlora wegen Übertretung des § 4 des Vereinsgesetzes zu 50 Mr. Geldstrafe verurteilt worden, weil er in einer von ihm einberufenen Versammlung von Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes nicht dafür gesorgt hatte, daß zwei Polizeibeamte Sitzplätze erhalten, bzw. sich weigerte, ihnen solche zu verschaffen. Angemessene Plätze gemäß § 4 seien eine Eigentümlichkeit voraus. So meinte das Gericht. Nun stand die Bestimmung des § 4, daß den Abgeordneten der Polizei angemessene Plätze einzuräumen seien, allerdings nur Anwendung auf Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Das sei aber hier anzunehmen, denn die Versammlung habe Stellung nehmen sollen zur Generalversammlung des Verbandes, und dieser sei eine Versammlung, die auf öffentliche Angelegenheiten einzurufen bezieht.“

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zur nochmaligen Verhandlung. Da Standpunkt, daß als angemessene Plätze Sitzplätze anzusehen seien, vertrat das Kammergericht ebenfalls. Rechtskräftlich sei es jedoch, wenn das Landgericht die Versammlung schon deshalb als eine solche zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten ansiehe, weil der Verband eine Entwicklung auf öffentlicher Angelegenheiten bezeichnete. Nicht jede Versammlung eines derartigen Verbandes, auch wenn sie sich mit Verbandsangelegenheiten beschäftige, sei als Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten anzusehen. Die Vorentscheidung sei deshalb auszuheben — mit das Landgericht nachprüfe, ob die Angelegenheiten, die speziell in dieser Versammlung erörtert und beraten werden sollten, öffentliche Angelegenheiten waren.“

Bauunfälle.

Berlin. Ein bebauerlicher Unglücksfall ereignete sich auf einem Neubau am Planier. Im dritten Stockwerk war der Zimmermann Otto Schulz, Schleemannstr. 10, mit Zimmerarbeiten beschäftigt. Als er, an der Außenwand stehend, einen Balken zurückziehen wollte, vorlor er das Gleichgewicht und stürzte rücklings in die Tiefe. Er schlug mit solcher Gewalt auf den Erdhoden auf, daß ihm der Schädel gebrochen wurde. Auch schwerere innere Verletzungen trug er davon. Im Hoffnungslösen Zustande fand der Verunglückte im Krankenhaus am Urban Aufnahme.

Berlin, 7. September. Aus der Höhe des vierten Stockes stürzte der 18 Jahre alte Maurer Otto Maassen in der Bischofsstraße zu Kreptow. Derselbe war mit dem Baden von Steinen beschäftigt; ob der Fall durch einen Schritt oder durch Verlieren des Gleichgewichts verursacht wurde, konnte nicht festgestellt werden. Mit schweren äußeren und inneren Verletzungen wurde der Unfalltrühe nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht.

Hasepe bei Dagen. Infolge der Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften hat hier der Unternehmer Gering sein Leben einbüßen müssen. Um Neubau des P. H. hatte man einen Aufzug angebracht, von welchem sich auf Irre einer Weise ein leichter Mörtelfall löste und Gering hierdurch tödlich getroffen wurde. Hätte man dort ein vorschriftsmäßiges Schutzgerüst angebracht, so wäre der Unfall jedenfalls vermieden worden. Wenn auch das Sprichwort heißt: Sobald ein Kind ertrunken ist, wird der Brunnen zugemacht, so scheint doch die Hasepe Polizeibehörde hier eine Ausnahme zu machen. Am Tage nach dem Unfall wurde in der selben leichtfertigen Weise weitergearbeitet und erst auf unserer schriftlichen Beschwerde hat man es für notwendig befunden, eine Absperre unter dem Aufzug vorzunehmen. Aber nichtsdestoweniger ist nach unserer Ansicht ein Unfall absolut nicht ausgeschlossen, solange über die Arbeitsstelle der am Aufzug Beschäftigten kein Schutzgerüst angebracht ist.

Offenbach a. M., 2. September. Von einem Neubau in der Frankfurterstraße stürzte der Maurer Hill von Heusenstamm über drei Meter tief in den Keller. Derselbe trug Verlegungen an den Schulterblättern davon, die ihn längere Zeit unfähig machen.

Die Anzahl der deutschen Zementfabriken hat sich seit 1877 ebenso rasch vermehrt, so daß 1886 bereits 124, 1890 159 Fabriken gezählt wurden. Dann trat ein Rückgang ein, indem mehrere Fabriken verschwanden; 1896 waren noch 135 vorhanden, die 21 000 Arbeiter beschäftigten. 1901 zählte der „Verein der Portland-Zementfabrikanten“ 94 Mitglieder mit einer Jahresproduktion von etwa 24 Millionen Fas = 4080 Millionen Kilogramm, neben den zahlreichen Puzzolan-, Schlacken- und Romanzementfabriken.

Unter den wechselnden Konjunkturen des letzten Jahrzehnts machte die Zementindustrie in Deutschland eine Reihe schwerer Tage durch. Die lockenden Wasserbauprojekte und die Zunahme der Bautätigkeit in den Großstädten förderten die Gründung neuer Werke in so überhöhtem Maße, daß ein Rückgang unausbleiblich war. Von diesem, der einer Reihe von Fabriken das Leben kostete, hat sich die Industrie auch heute noch nicht erholt.

Die Anwendung des Zements ist eine außerordentlich mannigfache geworden. Neben den einfachen Mörtelmischungen zu Gebäuden wird Zement rein oder gemischt auch zu Bauten unter Wasser (Leuchtturm- und Hafenanlagen, Klärbecken, Wasserleitungen usw.), zu Straßenpflasterungen, zur Kunstein-Fabrikation, als Gusszement für Röhren zu Kanalsäulen, zum Schutz von Kabelführungen und zu Bildhauerzwecken verwendet, wenn auch nicht immer mit anhaltendem Erfolg.

Die Anwendung des Zements hat ihren Höhepunkt bereits überschritten, nachdem Zementfabriken, zum Teil mit deutlichem Kapital, in fast allen zivilisierten Ländern entstanden sind, die fast den ganzen Eigenbedarf decken. Zugleich ist die Lieferung deutschen Zements nach Frankreich, Dänemark, Amerika usw. noch erheblich genug.

Als oberste Instanz für die Prüfung und Beurteilung der Zemente nach den Normabestimmungen fungiert für Deutschland die technische Versuchsanstalt in Groß-Berlin, bei Berlin, eine Abzweigung der technischen Versuchsanstalt Charlottenburg.

G. Bazar.

stellen, gegen diejenigen Weise, die als Rohmaterial auch Hochfensichtsacke und vergleichbare verwenden, führte zu einer Revision der Normen am 28. Juli 1887. Ferner verpflichteten sich die Mitglieder des nunmehr „Verein deutscher Portland-Zementfabrikanten“ genannten Vereins, ihrem Fabrikat, das nach den Normen aus Kalk und tonhaltigen Materialien bestehen muß, während oder nach dem Brennen keine fremden Stoffe beizumengen.

Unter gewissen Verhältnissen hat sich die Ausbereitung von Zementen mit Schlacke usw. gut bewährt, und da die Herstellung dieser Fabrikate weit billiger ist, als die der Portlandzemente, so bildet der Kampf zwischen diesen Werken einen nicht zu unterschätzenden Faktor im Konkurrenzkampf der Zementfabriken überhaupt.

Die Mitgliedschaft im Verein deutscher Portland-Zementfabrikanten bedingt heute zwar nicht die Gleichmäßigkeit aller Marken, aber die Einhaltung einer unteren Grenze in der Malsfeinheit (zulässiger Rückstand 10% auf einem Sieb von 900 Maschen pro qcm). Zugfestigkeit (16 kg auf den qcm bei einer Mischung von 1 Teil Zement mit 3 Teilen Sand nach 28 Tagen Erhärtung) und Druckfestigkeit (160 kg für den qcm).

Eine einheitliche Qualität zu erzielen, ist schon darum nicht möglich, weil die Rohmaterialien verschieden sind und verschiedene Ausbereitungsmethoden verlangen.

Man unterscheidet ein Nassverfahren, bei dem das Rohmaterial in der Schlämmerei eingedickt, zu Steinen geschnitten und demnächst gebrannt und gemahlen wird, neben dem Trockenverfahren, nach dem das Material trocken gemischt wird, durch Trommeln und Becherwerke geht, in Scheiben mit nur 10% Wasser getrocknet und dann getrocknet und gebrannt wird. Einzelne Werke haben ein Salzhackverfahren.

Die Rohmaterialien entstammen allen geologischen Formationen. Neben Quarzit (Wiesenfels) und Tertiär-fels wird hauptsächlich weiße nordische und Blätterkreide, sowie Keuper-, Muschel- und Jurafels verarbeitet, ganz wenig auch Karbonfels. Neben dem sand- und eisenhaltigen Käpperten wird hauptsächlich der Zahnfusskreide (Mergelton) verwendet, der weniger Portlandzement als Kalk und Ton ge-

